

Haushaltsrede 2020

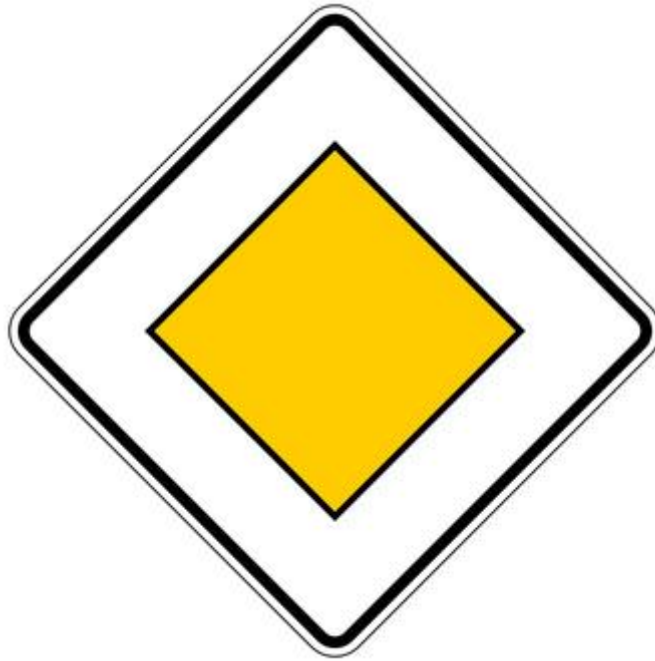
Bürgermeister Thomas Groll



**„Der Ziellose erleidet sein Schicksal –
der Zielbewusste gestaltet es.“**

Immanuel Kant (1724-1804), deutscher Philosoph

Unsere Ziele 2020



**Vorfahrt für Investitionen
in Erhalt und Ausbau der kommunalen
Infrastruktur
und in soziales Engagement.**

Jetzt schlägt es „13“!

Zum **dreizehnten Male lege ich** als Bürgermeister und Kämmerer der Stadt Neustadt (Hessen) der Stadtverordnetenversammlung **einen Haushaltsplan zur Beratung und Beschlussfassung vor.**

Bekanntermaßen ist das Verhältnis von uns Menschen zur Zahl „13“ durchaus ambivalent. Denken wir nur an Freitag, den 13.

Ein Datum, an dem mancher Pessimist lieber gleich im Bett bleibt, schließlich könnte ihm ein Dachziegel auf den Kopf fallen oder er auf einer Bananenschale ausrutschen.

Während die „13“ in vielen Kulturen als **Unglücks- oder gar Verschwörungszahl** angesehen wird, gilt sie hingegen beispielsweise im Judentum als **Glückszahl.**

Die „13“ war übrigens auch die erste Zahl, die 1965 beim Start des deutschen Samstags-Lottos aus der Trommel fiel. Bis heute wurde dann aber keine Kugel seltener gezogen, als die mit der „13“.

Betrachtet man die dreizehn Haushaltspläne, für die ich inzwischen verantwortlich zeichne, dann sind sie der Beleg dafür, dass es seit meinem Amtsantritt im Juli 2007 bewegte Jahre in der örtlichen Finanzpolitik waren. Es ging bergab und es ging - Gott sei Dank – wieder bergauf.

Über Jahre hinweg gab es keine positiven Zahlen in den Haushaltsreden zu verkünden. Was aber nicht an den Verhältnissen vor Ort lag, sondern an den Rahmenbedingungen.

Die **Doppik** wurde **eingeführt**, eine **weltweite Wirtschaftskrise** war zu verzeichnen und das **Land Hessen kürzte** die Mittel für den **kommunalen Finanzausgleich.**

In der Folge wiesen mehrere unserer **Haushaltspläne hohe Defizite** auf und waren durch **Kreditaufnahmen** und notwendige **Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer** geprägt.

Die See war für unseren kleinen Segler „Neustadt“ in jener Zeit recht stürmisch.

Für mich als Kapitän galt dabei stets ein Wort des in Frankfurt am Main geborenen Publizisten und Erzählers Ludwig Börne (1786-1837) als Richtschnur meines Handelns, der einmal schrieb, **„dass in einem wankenden Schiff jener umfalle, der stillstehe und sich nicht bewege.“**

Gemeinsam sind wir in Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Ortsbeiräten gegen das Kentern unseres Segelschiffes angegangen.

Wir haben dabei nicht wie der Vogel Strauß bei aufgekommener Gefahr den Kopf in den Sand gesteckt, sondern **wir haben gehandelt, erfolgreich gehandelt.**

Wir konnten so durch Einsparungen und Einnahmeverbesserungen unseren Teil zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Dies waren **zum Teil schmerzliche Eingriffe** und ich bin Ihnen heute noch dankbar dafür, dass wir diesen nicht einfachen Weg bis auf wenige Ausnahmen gemeinsam gegangen sind.

Langfristige politische Verantwortung war dabei wichtiger, als der vermeintlich kurzfristige Vorteil.

Aber auch in den Jahren 2010-2014 haben wir **trotz leerer Kassen nicht nur den Mangel verwaltet, sondern sehr wohl wichtige Projekte auf den Weg gebracht und damit – im Rahmen des Möglichen – Neustadts Zukunft gestaltet.**

Ich denke in diesem Zusammenhang beispielsweise an den **Neubau der Kindertagesstätte „Regenbogen“**, die Umsetzung des **Konjunkturpaketes II** mit zahlreichen Maßnahmen in der Kernstadt und den Stadtteilen, die Umstellung der **Straßenbeleuchtung auf LED-Technik**, den Abschluß der

Altstadtsanierung und der **Dorferneuerung in Momberg** sowie immense Investitionen in den **kommunalen Straßenbau**.

Seit 2016 verfügen wir nun wieder über stetig zunehmende politische Gestaltungsmöglichkeiten.

Mehrere Gründe sind dafür maßgeblich:

Unsere Konsolidierungspolitik der Vergangenheit, die **verbesserte wirtschaftliche Gesamtsituation**, die **Veränderung des kommunalen Finanzausgleiches**, die Aufnahme der Kommune in **verschiedene Förderprogramme** durch die hessische Landesregierung und die **Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete (EAE)** in der ehemaligen Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne.

Den letzten Punkt dürfen wir in dieser Aufzählung nicht vergessen.

Die Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „**Soziale Stadt**“, welche der Kommune seit Ende 2015 über 6 Mio. Euro an Zuschüsse einbrachte, deutlich **erhöhte Schlüsselzuweisungen** aufgrund einer gestiegenen Einwohnerzahl und **Sonderzahlungen beim kommunalen Investitionsprogramm** des Landes hängen ebenso direkt damit zusammen wie der **Bau eines Kunstrasenplatzes** und der **Erhalt eines Gerätewagens für die Freiwillige Feuerwehr** aus den Beständen der Landesfeuerwehrschule.

Mancher in Neustadt will dies aber nicht sehen.

Da wird lieber gemeckert und zum Teil leider auch gehetzt, als sich objektiv mit dem Sachverhalt auseinandergesetzt.

Es geht nicht darum, Dinge schön zu reden, aber die Fakten müssen doch die Diskussion bestimmen.

Die **Kasernengebäude** wurden durch die Ansiedlung der EAE und der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge **nicht dem Verfall Preis gegeben.**

Arbeitsplätze, auch für Frauen und Männer aus Neustadt, sind **entstanden**. Nicht alle **Flüchtlinge** sind – wie mancher Post in den sozialen Medien suggeriert – potentielle Gesetzesbrecher, es ist lediglich **ein kleiner Teil von ihnen, der Straftaten begeht.**

Viele von ihnen sind hingegen dankbar dafür, hier eine Bleibe gefunden zu haben.

Ich hatte diesbezüglich Mitte November **eine Begegnung, die mich positiv gestimmt hat.**

Vor drei Jahren kam ein kleines Mädchen aus Syrien in den Kindergarten. Es konnte kein Wort deutsch, es lächelte aber immerzu.

Kürzlich ließ ich den Vorschülern vor. Das Mädchen war auch dabei. Es lächelte immer noch und redete und redete –auf deutsch. Es erzählte mir, dass sein Vater als Busfahrer arbeite. **Da scheint Integration zu gelingen.**

Solche positiven Beispiele müssen wir vermehrt darstellen, damit sie von möglichst vielen wahrgenommen werden.

Das heißt aber nicht, dass ich alles im Zusammenhang mit der EAE und den Flüchtlingen vor Ort rosarot sehe.

Natürlich gibt es Verfehlungen und **Straftaten** und lassen Sie es mich deutlich sagen: **Jede Straftat ist eine zuviel, gleich wer sie begeht.**

Das **subjektive Sicherheitsgefühl** ist in unserer Kommune bei nicht wenigen Menschen gestört.

Dieses durchaus repräsentative Ergebnis der Bürgerbefragung im Rahmen des KOMPASS-Prozesses dürfen wir nicht ignorieren.

Bedauerlicherweise tut sich ein Teil der **Geflüchteten**, insbesondere jüngere Männer, mit **unserer Kultur und unseren Werten schwer**.

Für ein Gelingen der notwendigen **Integration** ist es aber in meinen Augen unabdingbar, dass man sich an unserem **Grundgesetz** und an unseren **Wertevorstellungen orientiert**, dass man unsere **Sprache lernt**.

Wer das nicht akzeptiert, der darf nicht auf unsere Solidarität zählen.

Das, was nicht gut läuft, haben wir bisher **nicht unter den Teppich gekehrt** und werden dies auch zukünftig nicht tun.

Wir **brauchen** im Übrigen auch **niemanden, der uns hier antreibt**, wir wissen selbst, was zu tun ist.

Wir müssen dabei aber stets darauf bedacht sein, die **Daten korrekt zu interpretieren** und damit – wie oben eingefordert - **Objektivität walten zu lassen**.

Wir dürfen nicht den Populisten folgen. Sie vereinfachen die Sachverhalte, spitzen zu, können aber keine Lösungen anbieten.

Lassen Sie mich aber vor dem Hintergrund einer aufgrund gesetzlicher Veränderungen – die Flüchtlinge bleiben länger in der EAE, da sie dort das gesamte BAMF-Verfahren durchlaufen, bevor sie ggf. auf die Landkreise aufgeteilt werden - **wieder auf über 500 Menschen angewachsenen Belegung der EAE eines klar formulieren: 2015 war ein Ausnahmejahr.**

Eine Belegung der Einrichtung mit über 1.000 Geflüchteten ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar. Geflüchtete müssen landesweit aufgeteilt werden.

Eine Richtgröße von keinesfalls über 600 Menschen sollte dabei für die ehemalige Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne überschritten werden.

Diese Sichtweise habe ich dem Regierungspräsidium Gießen mitgeteilt.

Mittlerweile stehen wir aufgrund der **großen Zahl von über zweihundert rumänischen und bulgarischen Staatsbürgern in Neustadt** vor einer weiteren besonderen **Herausforderung**, da deren Verhaltensweisen doch in weiten Teilen von unseren Vorstellungen des Zusammenlebens abweichen.

Alleine mit Mitteln des Ordnungsrechtes werden wir hier aber nach meiner Auffassung keine dauerhaften Lösungen erzielen können.

Es ist daher **zwingend notwendig, dass die Gemeinwesenarbeit (GWA) über 2019 hinaus fortgeführt und durch neue Komponenten ergänzt wird.**

Diese Arbeit ist wichtig für Flüchtlinge, Migranten, Ehrenamtler und die Kommune. Sie ist ein unverzichtbarer Baustein für Integration.

Sie dient aber auch dazu, **Probleme frühzeitig zu erkennen** und **deeskalierend zu wirken**.

Die **GWA** und auch das **Quartiersmanagement** im Rahmen der „Sozialen Stadt“ sind inzwischen **bestens** in der Kommune und darüber hinaus **vernetzt** und **bringen sich** vielfältig in das örtliche Geschehen **ein**.

Ich bin dem **Land Hessen dankbar**, dass wir dafür auch in den kommenden Jahren eine **bis zu 100-prozentige Finanzierung der GWA und der Ehrenamtskoordination für die EAE** erhalten werden.

Gut ist zudem, dass wir eine **Planungssicherheit bis Ende 2024** zuzüglich einer **Verlängerungsoption bis Ende 2026** erhalten.

Dass **zukünftig pro Jahr mit rund 110.000 Euro statt derzeit bis zu 170.000 Euro weniger finanzielle Mittel seitens des Landes** zur Verfügung stehen als bisher, ist natürlich bedauerlich und wurde von uns auch entsprechend gen Wiesbaden kommuniziert, aber wir können dies **im Gesamtgefüge des Haushaltes relativ gut auffangen** und werden gemeinsam mit dem bsj Marburg einige Modifizierungen in den Arbeitsbereichen vornehmen.

Zudem streben wir die Aufnahme in zumindest ein **weiteres Förderungsprogramm** an. Dazu später mehr.

Dadurch können wir gewährleisten, dass es letztlich **keinen Qualitätsverlust bei der GWA** geben wird und sie sich zudem **neuen**, im weiteren Verlauf noch zu erläuternden, **Aufgaben** stellen kann.

Um dies zu erreichen, werden wir 2020 den zu verantwortenden Betrag von 21.000 Euro an Eigenmitteln zusätzlich aufwenden und die Mittel für die „kommunale“ Flüchtlingshilfe umschichten.

Vergessen wir in diesem Zusammenhang aber nicht, dass wir **bis Ende 2024** mit einer **Gesamtförderung** des Landes in Höhe von weiteren **bis zu 550.000 Euro** rechnen können und **seit Ende 2015** bereits **über 600.000 Euro** erhielten.

Von diesen Geldern hat in meinen Augen die Kommune insgesamt profitiert.

Etliche Angebote, die vom **Begegnungstreff in der Marktstraße** und dem **Familienzentrum** gemeinsam getragen werden, richten sich nicht nur an Flüchtlinge.

Ich denke hier an das **Frauenfrühstück**, an **drop in** für Müttern mit Kinder bis drei Jahren, die **Sommerfreizeit** und weitere Freizeitangebote oder das monatliche **Väter-Kind-Angebot**.

Diese Vorhaben sollen 2020 alle fortgeführt werden.

Die GWA wird in den kommenden Monaten neu ausgerichtet.

Natürlich soll sie **Ansprechpartner** in der Arbeit mit und **für Geflüchtete** bleiben, aber zugleich noch enger als bisher **mit dem Familien- und Generationenzentrum, dem Quartiersmanagement und WIR für UNS! – Bürgerverein Neustadt (Hessen) e.V. sowie weiteren örtlichen Akteuren zusammenarbeiten**.

Zukünftig wollen wir offensiv(er) ausrufen:

Die Gemeinwesenarbeit in Neustadt ist für alle da!

Jeder der will, ist eingeladen, die Angebote zu nutzen, eigene Ideen einzubringen oder sich als Ehrenamtler zu engagieren.

Dies gilt in besonderer Weise auch für unsere Vereine und die Martin-von-Tours-Schule.

Auch das **Programm „Sport und Flüchtlinge“** – nach wie vor vollständig vom Land Hessen finanziert - wird 2020 eine Fortsetzung erfahren.

Neu hinzukommen soll ab dem kommenden Jahr das **Förderprogramm „WIR“** (Wegweisende Integrationsansätze realisieren) des hessischen Sozialministeriums.

Hier erwarten wir eine Zuwendung für 2020 von etwa 20.000 Euro und bringen denselben Betrag nochmals aus Eigenmitteln auf.

Das Programm hat zunächst eine Laufzeit von drei Jahren.

Mit dem Geld wird dann **eine Art „Streetworker“** finanziert, der sich vorrangig um die über **zweihundert Menschen aus Südosteuropa** in unserer Kommune **kümmern** soll.

Hier ist ebenfalls eine **enge Zusammenarbeit** mit der **GWA** angedacht, die in den letzten Monaten bereits in diesem Bereich tätig war.

Wir müssen uns nach meinem Dafürhalten hier **finanziell engagieren**, wenn wir etwas **bewegen**, etwas zum Positiven **verändern wollen**.

Nur darauf zu warten, dass andere tätig werden, führt hier nicht weiter.

Vielmehr ginge es uns wie den Landstreichern Estragon und Wladimir, die in Samuel Becketts Theaterstück **„Warten auf Godot“** Woche für Woche vergeblich auf dessen Erscheinen warten.

Die Bürgerschaft erwartet aber zurecht, dass wir uns der Sache aktiv annehmen.

Aus der bereits angesprochenen **Bürgerbefragung** im Rahmen der **Sicherheitsinitiative KOMPASS** wissen wir, dass das **subjektive Sicherheitsgefühl** etlicher Menschen **gestärkt werden muss**, dass es **Angsträume** in der Kommune gibt, die einer Veränderung bedürfen.

Wir stellen uns auch hier unserer Verantwortung und werden 2020 abermals in diesen Bereichen investieren.

Für allgemeine Investitionen im Bereich **KOMPASS** ist daher ein Betrag von **40.000 Euro** im Haushaltsplan vorgesehen, der erneut vorrangig für **zusätzliche Straßenlampen an sicherheitsrelevanten Stellen**, insbesondere im Bürgerpark, investiert verausgabt soll.

Wir streben an, dass im Laufe des kommenden Jahres ein **„Schutzmann vor Ort“** regelmäßig in unserer Kommune anzutreffen sein wird und als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht.

Darüberhinaus wollen wir uns neben der Deutschen Bahn und dem Rhein-Main-Verkehrsverbund an einer **Sanierungsmaßnahme für die Treppenauf- und abgänge sowie die Unterführung am Neustädter Bahnhof** beteiligen.

Die Investitionssumme soll sich insgesamt auf 100.000 Euro belaufen. Unser Anteil daran beträgt 30 %.

Aus der Erläuterung zur entsprechenden Programmrichtlinie für kleinere Baumaßnahmen an Bahnhöfen geht klar hervor, dass dann, **wenn wir uns als Kommune nicht an der Finanzierung beteiligen, überhaupt nichts passieren wird**. Darüber zu lamentieren hilft hier nicht weiter, sondern nur Handeln, wenn auch mit geballter Faust in der Tasche.

Ein Wort in diesem Zusammenhang noch zur **Herstellung der Barrierefreiheit im Bahnhofsgebäude und auf dem Bahnsteig**.

Auch wenn wir hierfür 2020 und 2021 eine kommunale Beteiligung an den Planungskosten in Höhe von jeweils 20.000 Euro vorsehen, wird sich eine Baumaßnahme – über deren Gesamtkosten und die Beteiligungsquote der Kommune noch völlige Unklarheit herrscht - nach einer Aussage der Deutschen Bahn vom Oktober dieses Jahres keinesfalls **vor 2028 realisieren lassen**.

Natürlich werden wir vor dem Hintergrund aktueller Meldungen versuchen, dass dies zügiger geht, aber **das Heft des Handelns liegt leider nicht in unseren Händen**. Wir sehen dies beispielsweise in Kirchhain oder Treysa. Auch dort machen die Kommunen ihre Erfahrungen mit der Deutschen Bahn.

Klar ist aber bereits heute, **dass auch hier überhaupt nichts passieren wird, wenn wir uns nicht finanziell einbringen** werden.

Für den Standort Neustadt ist der Bahnhof von Wichtigkeit, daher wäre ein Verweigern letztlich sträflich.

Leider gibt es **vom Eigentümer des Empfangsgebäudes nichts Neues.**

Es wäre **wünschenswert, wenn aus Worten bald Taten folgen würden.**

Auch bei der in den kommenden Monaten beginnenden **Umgestaltung des Bürgerparkes** werden die Erkenntnisse der Bürgerbefragung bei der Planung und Umsetzung der Maßnahme berücksichtigt.

Dieses Projekt, das umfangreiche Absprachen mit der Unteren Wasserbehörde, der Unteren Naturschutzbehörde und dem Kreisbauamt erfordert, **wird** dankenswerterweise **mit 30.000 Euro vom Förderverein Bürgerpark unterstützt.**

Wir überlegen noch, ob und wie man die **Bürgerschaft bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen aktiv einbeziehen** könnte. Es wäre ein **starkes Signal**, wenn sich die Neustädter für ihren Park engagieren.

Aus fördertechnischen Notwendigkeiten heraus haben wir hier sowohl für 2020 und 2021 Ansätze gebildet. Zudem haben wir noch zusätzliche Eigenmittel in Höhe von 50.000 € eingeplant und tragen damit den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie Rechnung.

Abschließend noch einige mir wichtige **Leitsätze** zur kommunalen Flüchtlingspolitik:

Lassen Sie uns diesbezüglich **weiterhin zusammenstehen.**

Lassen Sie uns den ehrenamtlich Tätigen weiterhin Wertschätzung und Unterstützung zuteil werden lassen.

In meinen Augen gibt es **dazu keine Alternative**. Wir sind durch die **EAE** vor eine **besondere Herausforderung** gestellt. Diese haben wir **bisher gut gemeistert**. Dies wird uns **auch zukünftig gelingen.**

Manche wird man mit noch so guten Argumenten nicht überzeugen können.

Wir sollten aber unsere Stimme erheben, wenn sie Un- oder Halbwahrheiten verbreiten.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch ein persönliches Wort.

Die **Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke** macht betroffen.

Der **Rücktritt einer sächsischen Bürgermeisterin** aufgrund rechter Hetze im Netz macht nachdenklich.

Jeder der in Unternehmen, Vereinen oder der Politik **Führungsverantwortung trägt, muss sich Kritik stellen**. Diese sollte allerdings stets **konstruktiv** und nie persönlich abwertend sein.

Gerade Kommunalpolitiker, auch ich gehöre dazu, sehen sich aber in den sozialen Medien zunehmend Häme und Beleidigungen ausgesetzt.

Ich kann dies zur Verwunderung meines Umfeldes recht gut ertragen.

Wer aber meint, mich als „Vollpfosten“ oder „Totalversager in der Flüchtlingsarbeit“ bezeichnen zu müssen, wer zulässt, dass auf seinen Facebook-Seiten steht, dass mir „das Kaviarhäppchen stecken bleiben soll“, ich ein korrumpierbarer Mittäter des Systems sei, sich die Erstaufnahmeeinrichtung für mich persönlich gelohnt habe, mich direkt mit von Flüchtlingen begangenen Straftaten in Verbindung

bringt oder einen Unglücksfall augenscheinlich auch politisch instrumentalisiert, der kann doch nicht ernsthaft erwarten, dass ich ihm noch unbefangen gegenübertrete und freundlich einen „Guten Tag“ wünsche.

Wer tatsächlich eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung möchte, sollte die bisherige Form seiner Argumentation einmal kritisch reflektieren.

Auch meine Toleranz hat Grenzen.

Gott sei Dank sind es nur wenige, die den geschilderten realitätsfremden Behauptungen folgen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eine vor wenigen Wochen bei Facebook geführte Diskussion aufgreifen.

Natürlich ist uns auch bekannt, dass unserer **Obdachlosenunterkunft in keinem besonders guten Zustand** ist.

Dies hängt leider aber auch mit dem **Verhalten der Nutzer** zusammen. Gleichwohl werden wir in den kommenden Jahren **Gelder in die Unterhaltung des Objektes investieren**. Hierfür haben wir zunächst in den kommenden Jahren einen kleineren Ansatz in Höhe von jeweils 5.000 Euro gewählt und müssen überlegen, ob mittelfristig Gelder aus der Hessenkasse hierfür verwendet werden sollen.

Aber nun zurück zum **dreizehnten Haushaltsplan meiner** Amtszeit als Bürgermeister Neustadts.

Dieses umfangreiche Zahlenwerk gibt keinen Grund zur Besorgnis oder für Pessimismus.

Der Ergebnishaushalt ist zum wiederholten Male nicht nur ausgeglichen, sondern weist erneut einen beachtlichen Überschuß aus.

Nach unserer Prognose werden es 2020 fast 800.000 Euro sein.

Sämtliche Vorgaben der HGO und der GemHVO werden mit diesem Haushaltsplan erfüllt.

Die anstehenden bzw. bereits laufenden Investitionen können nach derzeitigem Planungsstand, den Kostenanschlägen und vorliegenden Ausschreibungsergebnissen **erneut ohne Kreditaufnahme finanziert werden**. Dies ist bei der Größe der begonnenen bzw. geplanten Vorhaben beachtlich.

Wir bauen – Stand heute - 2020 abermals Schulden ab, diesmal in Höhe von 440.000 Euro.

Damit werden wir dann **neben der Rückführung des Kassenkredites seit 2017 insgesamt Kredite über rund 1,5 Mio. Euro getilgt** haben. (Bezogen auf die „eigenen“ Schulden, nicht KIP, Hessenkasse oder andere Förderprogramme, wo die Kommune Ko-Finanzierung leisten muss.)

Schulden abbauen und trotzdem Millionenbeträge investieren, vor fünf Jahren völlig undenkbar, heute Realität.

Wenn Sie in der Haushaltssatzung eine Kreditaufnahme ausgewiesen sehen, so handelt es sich hierbei um die Mittel der „Hessenkasse“ von 2020 bis 2024, die aufgrund einer Vorgabe des Landes auf diese Weise darzustellen sind, aber bekanntermaßen zu 90 % vom Land getragen werden.

Im „bereinigten“ Finanzmittelbestand befinden sich unter Berücksichtigung der Ausgabereste aus den Vorjahren und der notwendigen Finanzierung der 2020 anstehenden Projekte **über 1 Mio. Euro**.

Es ist gut, dass wir hier doch recht **beachtliche** eine **Reserve** haben.

Sie ist aber auch zwingend **notwendig, um** im Bedarfsfall etwaige **Kostensteigerungen** bei den anstehenden **Baumaßnahmen auffangen zu können**.

Bisher sind wir hier entgegen den Beispielen aus vielen anderen Städten und Gemeinden recht **gut unterwegs**. Das **spricht für** die von uns beauftragten **Planer**, ein **gutes Timing bei den Ausschreibungen** und natürlich ist auch **etwas Glück** dabei.

Aber dies kann sich im Verlauf der nächsten Monate immer noch ändern und es kommt auf die Abrechnungs- und nicht die Ausschreibungsergebnisse an.

Die Ermächtigung für einen **Kassenkredit** von bis zu **4,5 Mio. Euro** ist wie 2019 zunächst der Tatsache geschuldet, dass wir Fördergelder für unsere Großprojekte stets mit Verzögerung ausgezahlt bekommen.

Hinzu kommt, dass die Mehrwertsteuerrückerstattung durch das Finanzamt (Kultur- und Bürgerzentrum, Frei- und Hallenbad sind wirtschaftliche Geschäftsbetriebe der Kommune) immer etwas Zeit in Anspruch nimmt und dass aufgrund der Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge die Zahlungen der Grundstückseigentümer auf vier Jahre verteilt sind und die Kommune daher vorfinanzieren muss.

Die **Baumaßnahmen Freibad und Hallenbad** sind im Haushaltsplan übrigens mit den **Nettokosten** aufgeführt, da wir auch nur nach Nettokosten gefördert werden und beim Finanzamt eine Mehrwertsteuerrückerstattung quartalsweise geltend machen.

Beim **Kultur- und Bürgerzentrum** berechnet sich die Fördersumme auf die Bruttokosten, daher sind hier auch die **Bruttobaukosten angesetzt**.

Ein Verfahren, das mit der Kommunalaufsicht abgesprochen ist.

Sollte die **Entwicklung** bei unseren Großprojekten wider Erwarten doch **anders laufen**, als es sich heute abzeichnet und eine **Kreditaufnahme notwendig** werden, dann wäre dies in meinen Augen **kein Beinbruch**.

Wir tätigen **Investitionen für mehrere Generationen**, dann können wir diese im Bedarfsfall auch an der Finanzierung beteiligen.

Wenn wir einen Blick auf die **mittelfristige Finanzplanung** – und hier insbesondere das Jahr **2021** – werfen, dann erkennen wir, dass hier **möglicherweise eine Kreditaufnahme** notwendig werden könnte.

Im „Sparstrumpf“ befinden sich zwar derzeit wie gesagt rund 1 Mio. Euro.

Dieser Betrag kann aber bei **ungünstiger Konjunkturentwicklung** und damit einhergehendem Rückgang von Schlüsselzuweisungen und Einkommenssteueranteilen, **verändertern Fördersätzen bei der Sozialen Stadt, Verteuerung** der insbesondere für 2020 geplanten **Baumaßnahmen** und abermaligem Ausbleiben des Baues der Windenergieanlagen recht **schnell aufgezehrt** sein.

Dann könnte der in **2021** voraussichtlich **notwendige Finanzierungsbedarf** von **330.000 Euro** zumindest in Teilen durch eine **Kreditaufnahme** gestemmt werden müssen.

Für die Jahre 2022 und 2023 ist diese „Gefahr“ in der mittelfristigen Finanzplanung übrigens gegenwärtig jedenfalls nicht erkennbar.

Unser Ziel sollte es dabei aber immer sein, nach Möglichkeit keine Nettoneuverschuldung eingehen zu müssen.

Auch wenn wir bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 mit Bedacht vorgegangen sind und alle absehbaren Vorhaben eingestellt haben, hat dieser Blick in die Zukunft doch etwas vom Lesen in der berühmten Glaskugel.

Es gehört für mich aber zur offenen Information an Sie dazu, frühzeitig auf besondere Herausforderungen hinzuweisen.

Nun aber wieder zum **Haushalt 2020**, den ich mit den Worten „innovativ und bodenständig“ zusammenfassen möchte.

Wir **wagen Neues**, wir **führen Bewährtes fort**, wir **bringen Neustadt und seine Stadtteile** damit wieder ein Stück **voran**.

„Das bisschen Haushalt macht sich von allein ...“

Anders als einst von Johanna von Koczian in einem in den 1970er Jahren beliebten Schlager besungen, macht sich „das bisschen Haushalt“ auch trotz der geschilderten momentan positiven Rahmenbedingungen und Ergebnisse keinesfalls von alleine.

Die Aufstellung eines Haushaltsplanes mit allen seinen inzwischen erforderlichen Anlagen ist vielmehr ein wochenlanger Arbeitsprozess, bei dem es vieles zu beachten gilt.

Dass wir dabei den **Finanzplanungserlass** des Innenministeriums und **Aussagen zu den Schlüsselzuweisungen bzw. des neuen Programms „Starke Heimat Hessen“** seitens des Finanzministeriums diesmal **erst Anfang November** erhielten, macht die Aufstellung eines Haushaltsplanes schwieriger als sie ohnehin schon ist und erhöht den Zeitdruck unnötig.

Gut, dass die **Aussagen aus Wiesbaden** insgesamt wenigstens **positiv** sind.

Gleichwohl sollte man sich dort einmal überlegen, ob es vor diesem Hintergrund noch richtig ist, dass die Kommunen zum Jahresende einen beschlossenen Haushalt für das kommende Jahr aufweisen sollen.

Ein solcher Plan muss doch wohl mit verlässlichen Zahlen und nicht mit der Glaskugel aufgestellt werden und dazu bedarf es in meinen Augen zwingend der Zahlen aus der Landeshauptstadt.

Die **Schlüsselzuweisungen** aus dem **KFA steigen 2020 für Neustadt um 470.000 Euro auf 6,186 Mio. Euro** an.

Damit liegen sie um rund **276.000 Euro über unserer Schätzung**.

Dieser Anstieg basiert insbesondere darauf, dass das Land in Folge des neuen Programmes „Starke Heimat Hessen“ die Verteilungsmasse des KFA um 100.000 Mio. Euro angehoben hat und Neustadt aufgrund einer zum Stichtag um **166 Personen gestiegenen Einwohnerzahl** eine **geringere prozentuale Steuerkraft** hat und daher ein Anstieg bei der Schlüsselzuweisung A zu verzeichnen ist.

Wir erhalten **2020 fast 6,2 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen**, haben aber im Gegenzug über **6,3 Mio. Euro an Kreis- und Schulumlage** abzuführen.

Natürlich würde ich mir hier ein anderes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben wünschen, aber die Schere war hier schon einmal viel weiter auseinander und die **Aufgaben des Kreises**, die er ja gerade für die kreisangehörigen Kommunen erbringt, **müssen auch finanziert werden**.

Sicher würde ich hier anders urteilen, wenn wir nicht in Landrätin Kirsten Fründt so eine verlässliche Partnerin hätten.

Nach Aussagen der Landrätin wird es **2020 keine weitere Senkung der Umlagen** geben, sondern der **verminderte Satz** vom Sommer 2019 **fortgeführt**.

Dies ist zunächst einmal eine positive Nachricht, denn ursprünglich war es anders geplant.

Vom Landkreis ist natürlich weiterhin einzufordern, dass er verantwortungsvoll mit seinem eigenen Haushalt umgeht, sich bei der Etat-Aufstellung nicht „künstlich“ arm rechnet, **die Kommunen** von den Leistungen des Kreises weiterhin direkt etwas haben und die Städte und Gemeinden – dies ist mir besonders wichtig – **bei einem günstigeren Haushaltsverlauf als prognostiziert eine zumindest kleine Rückerstattung auf die gezahlten Umlagen erhalten**.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die örtlichen Kreistagsabgeordneten auf, genau hinzuschauen, wie das **Haushaltsjahr 2019** für den Landkreis Marburg-Biedenkopf verlaufen ist.

Sollte wieder ein **ordentliches Plus** zu verzeichnen sein, dann **sollte die gesamte kommunale Familie hier von** - wie in der Vergangenheit – **profitieren** und es **2020** erneut **eine Sonderrückzahlung** an die Städte und Gemeinden **geben**.

Der Finanzplanungserlass des Landes hebt bemerkenswerterweise hervor, dass die **Landkreise seit 2016 regelmäßig jährliche Überschüsse von 200 – 300 Mio. Euro** zu verzeichnen haben und man daher über eine dauerhafte Umlagensenkung nachdenken solle, dies wäre natürlich noch besser als der von der Großen Koalition im Kreishaus eingeschlagene Weg.

Wobei ich diesen anerkenne und es ein solches Verhalten vor dem Amtsantritt der Landrätin nicht gab.

Bisher hat sich Landrätin **Kirsten Fründt als gute Partnerin für die Städte und Gemeinden** erwiesen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies nach ihrer erfolgreichen Wiederwahl anders geworden sein soll.

Aufmerksam habe ich registriert, dass die Landrätin in ihrer Haushaltsrede davon sprach, „ein Unterbleiben einer **Kreisumlagerenerhöhung** bis 2023 nicht garantieren zu können“.

Auch dies hat natürlich etwas vom Blick in die Glaskugel.

Trotzdem setzt natürlich bei einem guten Bürgermeister zugleich der **Pawlowsche Effekt** ein.

Wenn wir nur das böse Wort „Kreisumlagerenerhöhung“ hören, dann ruft er sofort „**NEIN!**“.

Eine solche Erhöhung um beispielsweise nur einen Punkt würde für Neustadt **Mehrkosten von rund 125.000 Euro** nach sich ziehen.

Einer Umlagerenerhöhung sollte daher immer zwingend die Frage vorausgehen, wo man im eigenen Bereich sparen kann.

Die **Einkommensteueranteile erhöhen sich 2020 von 3,9 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro**. Dies ist zunächst einmal erfreulich, **allerdings hatten wir** im Herbst 2018 in der mittelfristigen Finanzplanung **sogar mit 4,2 Mio. Euro gerechnet**.

Seinerzeit ging der Finanzplanungserlass des Landes nämlich von einem Zuwachs von 8,5 % aus, nun sind es nur 3 %.

Hier macht sich die **momentane „Delle“ in der wirtschaftlichen Entwicklung** deutlich bemerkbar.

Der unerwartete Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen ist daher für die Einnahmeseite umso erfreulicher.

Bei der **Gewerbesteuer** kalkulieren wir für 2020 mit **1,215 Mio. Euro gegenüber 1,202 Mio. Euro in diesem Jahr**.

Wir haben bei unserer **Prognose** wiederum das **Ist-Ergebnis** des laufenden Jahres zugrunde gelegt, damit sind wir immer gut gefahren.

Dass auch der Planungserlass hier nur noch von einem Plus von 0,5 % ausgeht zeigt deutlich, dass eine **Konjunkturdelle** zu erwarten ist.

Aufgrund des Programmes „**Starke Heimat Hessen**“ ergibt sich im kommenden Jahr erfreulicherweise eine **Einsparung bei der abzuführenden Gewerbesteuerumlage** in Höhe von 23.000 Euro.

Hinzu kommen noch **zusätzliche Mittel aus diesem Programm** von rund 110.000 Euro für die **Kinderbetreuung**, hier fehlt allerdings noch die detaillierte Ausgestaltung der Förderrichtlinie.

Als **finanzschwache Kommune im ländlichen Raum** sind wir nach wie vor entscheidend auf **Schlüsselzuweisungen und Einkommensteueranteile angewiesen**.

Unsere **eigene Steuerkraft** hat sich zwar **stabilisiert**, reicht aber **alleine** bei weitem **nicht** aus, um „den **Laden am Laufen**“ zu halten.

Dies ist in einem Flächenland wie Hessen aber keine Besonderheit.

Der **KFA** hat ja gerade die **Aufgabe**, die **Städte und Gemeinden abseits der Ballungsräume zu stärken**.

Mein **Dank** gilt allen, die daran mitgewirkt haben, dass Zahlenwerk aufzustellen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen:

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere der verantwortlichen Teamleiterin **Gitta Kurz**, und natürlich auch den **Damen und Herren des Magistrates** für die erneut kollegiale Beratung.

Unsere Zahlen sind wie dargelegt **auch 2020** erfreulich **gut**.

Dies darf aber nicht unseren Blick dafür verklären, dass sich die Weltwirtschaft gegenwärtig eintrübt und dass es somit unweigerlich auch in Deutschland eine einen Rückgang beim Wirtschaftswachstum geben wird.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig.

Dies gilt sowohl für das „große Ganze“, als auch die wirtschaftliche Situation in Deutschland:

Die **Handelskonflikte** zwischen den USA und China bzw. der Europäischen Union, die **politische Instabilität** in vielen Teilen der Welt, insbesondere im Nahen Osten, der irgendwann einmal kommende **Brexit**, der für die Industrie zum Alptraum werden könnte, die **Krise in der Automobilindustrie**, der **Fachkräftemangel** und auch **zurückgehende Exporte** tragen jeweils ihren Teil zum Rückgang des Wirtschaftswachstums bei.

Die damit einhergehenden **Haushaltsrisiken** halte ich derzeit **noch** für **überschaubar**, eine **Rezession ist gegenwärtig nicht zu erkennen** und wird auch von keinem Wirtschaftswissenschaftler vorhergesagt.

Der **Planungserlass des Innenministeriums** geht aber nicht zuletzt **aufgrund** der bei der letzten **Steuerschätzung** prognostizierten **Mindereinnahmen** von einem **geringen Wachstum** in den kommenden Jahren aus, als noch vor zwölf Monaten angenommen.

Dies ist ein **Warnsignal**, das es zu beachten gilt und das wir in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 berücksichtigt haben.

Sollte es nur einmal zu einer Stagnation der Schlüsselzuweisungen kommen und die Sach- und Personalkosten gleichwohl ansteigen, dann gehen wir mit großen Schritten einem unausgeglichene Ergebnishaushalt mit allen negativen Folgen entgegen.

Weniger Geld aus Wiesbaden würden wir also sofort im städtischen Haushalt spüren. Dann würde aufgrund eines fehlenden Überschusses im Ergebnishaushalt zwingend auch wieder eine Kreditaufnahme für Investitionen notwendig werden.

Daher dürfen wir unsere **Entscheidungen** für Investitionen, soziale Projekte oder im personellen Bereich **keinesfalls nur kurzfristig sehen**, sondern müssen dabei **zumindest die mittelfristige Finanzplanung im Auge haben**.

Die **solide Finanzpolitik** der Vergangenheit **muss** daher auch in Zukunft eine **Fortsetzung erfahren**.

Was wir uns gegenwärtig leisten wollen, muss auch in den kommenden Jahren finanziert werden können.

Ich stehe sicher nicht im Verdacht, allen Äußerungen des **Landesrechnungshofes** immer mit Freude zuzustimmen, da ich dabei immer wieder einmal eine **gewisse Praxisferne** feststelle.

Dem Präsidenten Walter Wallmann jun. ist allerdings ohne Wenn und Aber zuzustimmen, wenn der sagt, **„dass Haushalte in guten Zeiten ruiniert werden“**.

2019 wurden wir im Rahmen der **„Vergleichenden Prüfung“** vom Landesrechnungshof geprüft.

Die **Ergebnisse** dürften Sie im **Sommer 2020** erhalten. Nach der Abschlussbesprechung sehe ich uns auf gutem Wege.

Ein Vers aus dem Alten Testament sollte uns die Marschrichtung für die Zukunft vorgeben. Dort heißt es bei Jesus Sirach (3,17):

„Mein Sohn, bei all deinem Tun bleibe bescheiden und du wirst mehr geliebt werden als einer, der Gaben verteilt.“

Auch in guten Zeiten sind wir gehalten, auf die Gebührenhaushalte zu schauen.

„Politische Preise“ darf es hier grundsätzlich nicht geben.

Die **Beiträge der Bürger** zur Unterhaltung der öffentlichen Einrichtungen müssen vielmehr **angemessen** sein.

Aus diesem Grunde wird es **2020** unter Berücksichtigung der aktuellen Kostenentwicklung, der notwendigen Umstellung des Bereitschaftsdienstes und einer 2018 erstellten – und Ihnen bekannten – Kostenkalkulation zu einer **Erhöhung des Wasserpreises in den Stadtteilen um 0,10 Cent netto** kommen.

Wenn wir einen Blick in vergleichbare Nachbarkommunen werfen, dann stellen wir fest, dass im Bereich der Wasserversorgung **Selbstständigkeit** eben überall auch **ihren Preis** hat.

Im Verlauf des Jahres 2020 werden wir uns mit der demnächst vorliegenden **Kostenkalkulation für das Bestattungswesen** zu befassen haben.

In diesem Bereich muss es in meinen Augen eine **weitgehende Kostendeckung** geben.

2020 ist eine **Erhöhung der Betreuungsgebühren in den Kindergärten nicht vorgesehen**.

Wir dürfen aber nicht verkennen, dass trotz der gestiegenen Landesmittel in diesem Bereich nach wie vor eine große Unterdeckung besteht. Daher wird im Laufe des Jahres 2020 zu prüfen sein, ob es ggf. 2021 Veränderungsbedarf gibt.

Ein **Ärgernis** ist in der letzten Zeit leider die öffentliche **Straßenreinigung**.

Die notwendige Kombination aus leistungsfähigen, zuverlässigen und preislich vernünftigen Anbietern geht leider gegen Null.

Stadtallendorf will die Straßenreinigung aufgrund gleicher Erfahrungen wieder in die eigene Hand nehmen. Wir haben im dortigen Rathaus bereits einmal leise wegen einer Interkommunalen Zusammenarbeit nachgefragt.

Unabhängig davon haben wir den **Ansatz** von knapp 20.000 Euro **auf 35.000 Euro** erhöht, um unserer **Verpflichtung und Vorbildfunktion besser nachkommen** zu können.

Neustadt 2025 (oder 2030) braucht eine moderne Kommunalpolitik

In meiner letzten Haushaltsrede hatte ich dazu aufgerufen, dass wir gemeinsam **Neustadt 2025** schaffen, eine **zukunftsfähige Kommune in der Jung und Alt gerne leben**.

Die **SPD-Fraktion** griff diese Gedanken dann bei der Haushaltsberatung 2019 bereitwillig auf und **nahm** sogar schon das Jahr **2030** und die bis dahin aus ihrer Sicht anstehenden Aufgaben **in den Blick**.

Eine Spanne von fünf oder sogar zehn Jahren erscheint zunächst einmal recht lang zu sein. Bis dahin kann noch viel passieren und keiner weiß, wie sich in diesem Zeitraum beispielsweise die Finanzen der Kommune entwickeln werden. **Aber machen wir uns nichts vor, sechzig oder hundertzwanzig Monate**, mehr ist es ja dann doch nicht, **gehen relativ schnell vorüber**.

Ich sehe das an mir selbst, im Oktober 2020 werde ich „schon“ fünfzig, im dreizehnten Jahr bin ich bereits Bürgermeister und seit 28 Jahren in der Kommunalpolitik tätig.

Wilhelm Busch hat eben doch recht, wenn er einst schrieb

„Eins, zwei, drei im Sauseschritt, eilt die Zeit, wir eilen mit“.

Es **bedarf** im Übrigen **keiner Glaskugel**, sondern einfach **nur des gesunden Menschenverstandes**, um wie einst bei Hans Rosenthals „Dalli Dalli“ viele der bis 2030 **anstehenden kommunalpolitischen Themen** für diese Stadt und ihre Menschen ziemlich treffsicher **benennen zu können**:

Ärztliche Versorgung, Mobilität, bedarfsgerechte und bis dahin sicher nochmals veränderte Betreuungsangebote für Kinder, Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur, Integration von Migranten, Angebote für Senioren, Tagespflege oder der Umgang mit Leerständen in den Ortskernen und die kleinflächige Ausweisung von Bauland.

15 Sekunden sind um – noch etwas vergessen?

Wir sind in vielen dieser Bereiche bereits aktiv unterwegs, unsere Arbeit wird von vielen wahrgenommen und teilweise sogar als vorbildlich angesehen.

Diesen Weg wollen wir, diesen Weg müssen wir, mit Engagement weitergehen.

Dazu bedarf es auch weiterhin einer **modernen Kommunalpolitik für unsere Heimatstadt** und damit die über 9.000 Menschen, die hier leben.

Was aber ist eine moderne Kommunalpolitik?

Es ist **eine Politik, die sich nicht stur an Parteiprogrammen ausrichtet, die nicht bloß die Theorie, sondern vor allem die Praxis im Blick hat.**

Es ist **eine Politik, wo man anerkennt, dass auch der andere gute Ideen haben kann, die Unterstützung verdienen und man daher nicht den dritten Satz eines Absatzes abändern muss.**

Es ist **eine Politik, wo es natürlich auch Unterschiede zwischen Parteien und Wählergruppen gibt, wo aber das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verloren wird.**

Es ist **eine Politik, die trotz der im Frühjahr 2021 bevorstehenden Kommunalwahl aus Mitbewerbern nicht Gegner werden lässt, da man auch danach zusammenarbeiten will und muss.**

Es ist **eine Politik, die, wie in der Haushaltsrede 2019 bereits ausgeführt, dass WIR in den Mittelpunkt stellt.**

Es ist **eine Politik, wo für Populismus auch zukünftig kein Platz sein darf, wo wir jene, die spalten, in der Stadtverordnetenversammlung nicht brauchen.**

Ich weiß wohl, dass es **einige wenige gibt, die sich wieder mehr Streit in der Neustädter Kommunalpolitik wünschen**, die meinen, es ginge bei uns alles zu glatt und es müssten – wie früher – wieder einmal die Fetzen fliegen.

War es damals wirklich besser?

Ich gehöre zu den wenigen unter uns, die schon in den 1990er Jahren Kommunalpolitik gemacht haben. **Die „alten Zeiten“ sehne ich nicht herbei.**

In der modernen Kommunalpolitik gewinnt man durch konstruktive Arbeit und Diskussion um der Sache willen Profil, nicht durch Streit.

Wer nicht wagt, der nicht gewinnt

Eine moderne Kommunalpolitik zeichnet sich auch durch den Mut aus, etwas Neues zu wagen, durchaus auch einmal etwas zu riskieren.

In **Fulda** entsteht gerade „pings“ (www.pings.de), der **deutschlandweit erste Azubicampus**. Ein Ort zum Wohnen, Arbeiten, Lernen und vor allem Leben.

Betreiber ist das **Kolpingwerk Diözesanverband Fulda**, unterstützt von Kommune und Landkreis.

Ein meinen Augen **ein faszinierendes, zukunftsweisendes Projekt.**

Bezahlbare Unterkünfte mit Verpflegung und sozialpädagogischer Begleitung, Möglichkeiten der Integration und der Förderung von (benachteiligten) Jugendlichen.

Über den Ersten Kreisbeigeordneten Marian Zachow und die Denkmalagentur des Landkreises sind wir mit Kolping ins Gespräch gekommen.

Wie könnte ein solches Projekt auf eine Kommune im ländlichen Raum übertragen werden?

Wie kann das örtliche Handwerk und wie können Nachbarstädte wie Stadtallendorf und Schwalmstadt mit einer Vielzahl von Ausbildungsplätzen einbezogen werden?

Wäre es möglich, den Landkreis und Industriebetriebe als Partner zu gewinnen?

Könnte ein solches Projekt leerstehende Gebäude wie die Marktgasse 3 nutzen?

Welche Angebote für die Jugendlichen könnten der Stadtgesellschaft zugutekommen?

Gegenwärtig gibt es verständlicherweise noch viele offene Fragen.

2020 würden sich das Kolpingwerk und die Kommune gerne daranmachen, **Antworten zu finden.**

Neustadt will attraktive Wohnstadt sein, warum nicht mit einem solchen innovativen und über die Stadtgrenzen hinausreichenden Projekt?

Als **erste Schritte** auf einer zugegebenermaßen noch langen Wegstrecke braucht es eine inhaltliche und räumliche Konzeption.

Was wollen wir konkret und mit welchen Gebäuden könnten wir diese Vorstellungen umsetzen?

Wer steigt als Partner ein und wie könnte die Finanzierung aussehen?

Das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt kann uns bei diesem Vorhaben sicherlich hilfreiche Unterstützung leisten.

Wir wollen etwas wagen, um etwas zu gewinnen.

Zunächst aber bedarf es eines gewissen **Risikokapitals.**

Dies ist in der freien Wirtschaft ein fast alltäglicher Vorgang. Am Anfang eines Prozesses kann man noch nicht wissen, wie er ausgeht.

Eine Machbarkeitsstudie ist zu erstellen, die uns Antworten auf die zahlreichen Fragen geben soll.

Lassen Sie uns mutig sein und ein **weiteres Zeichen für eine moderne Kommunalpolitik setzen.**

Für die Studie haben wir einen Ansatz von **30.000 Euro** gefördert durch die „Soziale Stadt“ vorgesehen.

Wandlung ist notwendig, wie die Erneuerung der Blätter im Frühling

Im November 1991 wurde ich Stadtverordneter.

Seinerzeit, aber auch noch später als junger Bürgermeister, hätte ich solche Sätze über die Notwendigkeit einer modernen Kommunalpolitik nicht gesagt.

Diesbezüglich habe ich mich sicherlich an einem Ausspruch des niederländischen Malers Vincent van Gogh (1853 – 1890) orientiert, der einmal sagte:

„Wandlung ist notwendig, wie die Erneuerung der Blätter im Frühjahr“.

Im Laufe der Jahre bin ich zum **Pragmatiker** geworden.

Im Übrigen hat sich auch diese **Stadtverordnetenversammlung** in ihrer Gesamtheit **im letzten Jahrzehnt zum Positiven verändert.**

Wir bemerken dies an einem guten politischen Klima und an zukunftsweisenden Entscheidungen, die einstimmig auf den Weg gebracht wurden.

In meiner Haushaltsrede 2019 griff ich mehrfach auf Zitate Manfred Rommels zurück. Der legendäre Stuttgarter Oberbürgermeister sagte einmal:

„Eine Stadtpolitik, die nicht den Mut zur Veränderung besitzt, kann gleich sich selber auf dem eigenen kommunalen Friedhof beerdigen lassen.“

Deutliche, aber wahre Worte eines Mannes, dem es immer um die Sache, um seine Heimatstadt ging, und nicht um bloße Parteipolitik.

Diesen Mut zur Veränderung nehme ich insbesondere dann wahr, wenn ich meine Haushaltsreden der vergangenen dreizehn Jahre durchblättere.

Früher sprach ich davon, dass der Abbau von Schulden und bauliche Investitionen die Hauptaufgaben der Kommunalpolitik seien.

Soziale Fragen oder eine **Beteiligung der Bürgerschaft an der Weiterentwicklung der Kommune** kamen in meine kommunalpolitischen Leitlinien, wenn überhaupt, dann nur am Rande vor.

Heute wird unter meiner Verantwortung als Bürgermeister neben einer soliden Finanzpolitik und zukunftsweisenden Investitionen auch aktiv Sozialpolitik betrieben.

Familien, Kinder, Jugendliche und Senioren finden Angebote vor.

Wir befassen uns mit der Frage, wie es sich in Neustadt auch in Zukunft gut, nach Möglichkeit sogar noch besser leben lässt.

Durch unser zukünftiges Familien- und Generationenzentrum von 0-99 Jahren werden die Angebote für Information, Bildung und Freizeitgestaltung in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.

Dass dies zu **zusätzlichen Personal- und Sachkosten** führen wird, liegt auf der Hand. Dies ist **aber** für mich **gut angelegtes Geld** und wurde in der mittelfristigen Finanzplanung natürlich berücksichtigt.

Bis zum Bezug der neuen Räumlichkeiten im Kultur- und Bürgerzentrum wird eine Mitarbeiterin (30 Stunden) die bisherigen Angebote fortführen, bereits nach zusätzlichen Angeboten und Kooperationspartnern für das neue Familien- und Generationenzentrum suchen und den Umzug vorbereiten.

Wir trennen das Familienzentrum bereits Anfang 2020 organisatorisch von der Kindertagesstätte „Regenbogen“, um so deutlich zu machen, dass sich dessen Angebote an alle Eltern und Kinder in der Gesamtkommune richten. Anlaufstelle wird bis auf weiteres ein **Büro im „Haus der Vereine“** sein.

Natürlich werden wir auch schauen, wer uns bei den bevorstehenden Aufgaben ideell und finanziell unterstützen kann.

Die **Zusammenarbeit mit dem bsj Marburg e.V.** haben wir seit 2011 kontinuierlich ausgebaut.

Nur wenige andere Kommunen vergleichbarer Größe bieten ein solches **Spektrum an regelmäßigen Angeboten** für die verschiedenen Altersklassen wie Neustadt. Der Mix dabei ist gut: Bildung, Information, Spiel und Spaß.

Die Gemeinwesenarbeit, ich sprach eingangs schon kurz davon, **werden wir -beginnend in 2020 - neu aufstellen.**

War sie bisher schwerpunktmäßig im Bereich der Flüchtlingsarbeit tätig, soll sie zukünftig noch aktiver in **die Arbeit des Familien- und Generationenzentrums mit eingebunden** werden.

Dass der bsj Marburg bereits schon in der kommunalen Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, dem Waldkindergarten und der Seniorenarbeit tätig ist, stellt dabei einen großen Vorteil dar. Die handelnden Akteure kennen sich.

Ab **Herbst 2020** werden wir als **Familien- und Generationszentrum von 0-99 Jahren** neu durchzustarten.

Es soll etwas entstehen, was für Kommunen unserer Größenordnung Vorbildcharakter hat.

Wie so vieles andere müssen wir auch kommunale Sozialpolitik ganzheitlich denken. Auf den roten Faden kommt es nicht nur dabei an.

Kommunalpolitik muss – ich sagte dies bereits bei meiner letzten Haushaltsrede - **in ihrer Gesamtheit als ein großes Netz betrachtet werden. Alles hängt dabei irgendwie mit allem zusammen.**

Ich denke, dass dies alle drei Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung so empfinden und bin froh darüber.

Ohne die Unterstützung in Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Ortsbeiräten hätte vieles von dem, worum uns andere schon ein wenig beneiden, nicht umgesetzt werden können.

Mit finanzieller Unterstützung des Landkreises wollen wir **2020 eine kommunale Leitstelle „Älter werden“** einrichten und mit WIR für UNS! ein **Demenz-Café** als weiteres Angebot schaffen.

Im April 2019 wurde der **Bürgerverein „WIR für UNS!“** gegründet.

Er hat sich in dieser kurzen Zeit hervorragend entwickelt.

Der **Bürgerbus** wird betrieben und eine **Bürgerhilfe** befindet sich **im Aufbau**.

Dieser von der Kommune unterstützte Verein ist sowohl **Beleg für zusätzliches soziales Engagement** als auch **für aktive und eigenverantwortliche Bürgerbeteiligung**.

Einen solchen **partizipatorischen Weg** haben wir auch beim Bau der **Spielplätze** in der **Emil-Rössler-Straße** und **in der Aue** betrieben.

Genauso wollen wir **2020** beim **Spielplatz** in der **Hochstruth** vorgehen.

Zu den geplanten Ausgaben in Höhe von 35.000 Euro erwarten wir einen Zuschuss von 14.000 Euro über das von der Region Marburger Land verwaltete Regionalbudget.

Auch bei der **„Sozialen Stadt“**, der **Dorfentwicklung** oder der Schaffung eines **multifunktionalen Hauses** mit Angeboten für alle Stadtteile (!) im alten Kindergartengebäude in **Momberg** setze ich auf eine **aktive Bürgergesellschaft**.

In **Mengsberg** bietet sich die **Umgestaltung des Spielplatzes beim Feuerwehrhaus** (40.000 Euro, Zuschuss 60 %) im Rahmen des **Dorfentwicklungsprogrammes** für ein **partizipatorisches Verfahren** geradezu an.

Im Rahmen der Wettbewerbsteilnahmen **„Unser Dorf hat Zukunft“** haben Mengsberg, Momberg und Speckswinkel gezeigt, was eine **rührige Dorfgemeinschaft** leisten kann.

Darauf setzt die Kommune auch in Zukunft und ist bereit dazu, ihren Betrag zur Weiterentwicklung der Stadtteile zu leisten.

Uns ist im Rahmen dieses Prozesses **jeder willkommen, der sich mit Ideen und Arbeitskraft einbringt**.

Wir haben im Übrigen die Wünsche und Anregungen aller vier Ortsbeiräte zu 99 % mit in den Entwurf des Haushaltsplanes übernehmen können.

Mit Ortsvorsteher Karlheinz Kurz wollen wir in den nächsten Monaten überlegen, ob es gelingt, dass die **Dorfgemeinschaft die Verwaltung und Unterhaltung der Mengersberger Grillhütte vollständig selbst übernimmt**. Als „Startkapital“ sind 5.000 Euro vorgesehen.

Die 2019 vorgenommene Erhöhung bei den **Mitteln für die Stadt- und Dorfverschönerung** werden wir auch 2020 beibehalten, sind sie doch gut angelegt.

Auch die **Heimat- und Verschönerungsvereine und Umweltgruppen können** weiterhin auf die Unterstützung der **Kommune zählen**.

Dies gilt natürlich auch für unsere **sport- und musiktreibenden Vereine**.

Auch für deren Förderung haben wir wieder Haushaltsmittel vorgesehen.

Bei den investiven Zuschüssen haben wir aufgrund der Anmeldungen eine Erhöhung eingeplant.

Wir wissen um die Bedeutung des Ehrenamtes und der Vereinsarbeit.

Daher halten wir nicht nur Sonntagsreden, sondern leisten Unterstützung im Rahmen des uns Möglichen.

Positiv ist in diesem Zusammenhang die **Ehrenamtspauschale des Landkreises** zu erwähnen, die sich bewährt hat, den Vereinen und örtlichen Gemeinschaften hilft und daher dauerhaft fortgeführt werden sollte.

Wir haben in Neustadt, Mengersberg, Momberg und Speckswinkel noch viel vor. Dabei sehe ich die **Aufgabe des Bürgermeisters** auch zukünftig darin, **Moderator und Motor für die Weiterentwicklung dieser Kommune zu sein**.

Ich bin allen dankbar, die sich ebenfalls aktiv einbringen.

Die mitmachen und nicht miesmachen und so dafür sorgen, dass die **Arbeit auf mehreren Schultern verteilt wird**.

Gerade im Hinblick auf die **Kommunalwahl 2021** muss es ein wichtiges Ziel von uns allen sein, **Frauen und Männer zu gewinnen**, die **bereit sind mitzumachen**, sich für unsere Heimatstadt zu engagieren.

Unsere **Gremien** sollten dabei mehr als bisher ein **Spiegelbild der Stadtgesellschaft** sein.

Junge und Alte, Frauen und Männer, Studierende und Arbeiter – die Kommunalpolitik muss Platz für jeden haben.

Ziele braucht der Mensch

Auch für die **Haushaltsrede 2020** habe ich natürlich nach einem passenden **Zitat** gesucht, dass als **Motto für die kommenden zwölf Monate** dienen kann.

Dass quasi dem Kursbuch für unseren kleinen Segler „Neustadt“ eine Überschrift verleiht.

Fündig geworden bin ich diesmal bei **Immanuel Kant**.

Der **große deutsche Philosoph der Aufklärung** wurde 1724 im preußischen Königsberg geboren und verstarb dort 1804.

Sein Werk, das zu den bedeutendsten der abendländischen Philosophie zählt, **wird heute noch beachtet** und beeinflusst die Diskussionen der Denker unserer Tage.

Zugegeben, im Vergleich zu Manfred Rommel sind Kants Worte zumeist schwere Kost, aber das von ihm stammende Leitwort der Haushaltsrede 2020 scheint mir eingängig und verständlich zu sein:

„Der Ziellose erleidet sein Schicksal, der Zielbewusste gestaltet es.“

Ziellos sind wir hier vor Ort sicherlich nicht.

Wir wissen, wo der Weg unserer Heimatstadt in den kommenden Jahren hingehen soll.

Neustadt soll eine attraktive Wohnstadt sein mit einer guten Infrastruktur und vielfältigen sozialen und kulturellen Angeboten.

Beschrieben wurde der Weg hin zu diesem Ziel bereits in den Haushaltsplänen der Vorjahre und auch 2020 beschreiten wir ihn konsequent weiter.

Da ist zunächst einmal das größte Bauprojekt in der Geschichte dieser Kommune, der **Neubau des Kultur- und Bürgerzentrums**.

Wir **liegen** gegenwärtig sowohl **im Zeitplan** als auch im zu Beginn der Baumaßnahme ermittelten **Kostenrahmen**.

Das ist bei der gegenwärtigen Lage auf dem Bausektor nicht selbstverständlich. Hoffen wir, dass es zu keinen signifikanten Verschiebungen kommt.

Der Haushaltsplan 2020 bildet unter Einbezug der bereitgestellten Mittel aus den Vorjahren **Ausgaben** von **6,35 Mio. Euro** ab. Dem gegenüber stehen **Zuschüsse** aus der **Städtebauförderung** von in Höhe von **etwa 5,1 Mio. Euro**.

Hinzu kommen **225.000 Euro** für die **Ausstattung des Gebäudes**, wobei wir hierfür einen Zuschuss von **170.000 Euro** aus dem **Kreisentwicklungsfonds** erhalten werden.

Unser **Kultur- und Bürgerzentrum** ist nicht nur eine **Investition in Steine**, es ist eine **Investition für Menschen**.

Das Familien- und Generationenzentrum mit der Gemeinwesenarbeit und WIR für UNS! sollen dort Platz für ihre Aktivitäten finden, eine Mediathek entsteht, die Martin-von-Tours-Schule wird den Saal als Aula nutzen, das Diakonie-Zentrum HEPHATA ist mit im Boot, die Bürgerschaft kann Räumlichkeiten ebenso anmieten wie Vereine und die Kultur erhält endlich einen barrierefreien Platz.

Das ist moderne Kommunalpolitik, das ist Vernetzung!

Im ersten Halbjahr 2020 werden wir uns abschließend **Gedanken über den laufenden Betrieb** und die **Vermietung des Objektes** machen müssen, das im Spätherbst kommenden Jahres eingeweiht werden soll.

Wir werden durch die Vermietung der Räumlichkeiten nicht reich werden.

Ziel muss es aber sein, **zumindest einen Teil der anfallenden Betriebs- und Personalkosten zu erwirtschaften**.

Wichtig ist, dass das Haus von vielen Gruppen regelmäßig genutzt wird.

Dass es dabei Regeln geben muss, ist klar. Natürlich wird sich auch manches gegenüber der Vergangenheit verändern. **Gehen wir es mit der nötigen Ruhe und Gelassenheit an.**

Wir werden im Rahmen einer **Mailing-Aktion** das Kultur- und Bürgerzentrum Unternehmen, Banken und Konzertagenturen **vorstellen und versuchen, auf diese Weise Nutzungen zu generieren** und das **Kulturangebot** für unsere Kommune, aber auch die Region, zu **erhöhen**.

Das **Freibad** erfährt im kommenden Jahr eine **grundlegende Sanierung** und eine damit einhergehende **Aufwertung**.

Die vorbereitenden Arbeiten haben im Herbst begonnen. Erste Vergaben passen in den zuvor ermittelten Rahmen.

Da aber der Aufschwung im Baugewerbe nach wie vor ungebremsst ist, können wir heute nicht sagen, ob der Kostenrahmen bis zum Ende eingehalten werden kann.

Für solche Fälle ist es gut, über eine gewisse finanzielle Sicherheit – wie wir sie gegenwärtig haben – zu verfügen.

Seit Frühjahr 2019 gehen wir von Gesamtkosten in Höhe von **3,4 Mio. Euro** brutto aus. Zuvor waren dies 2,8 Mio. Euro.

Eingepreiste Kostensteigerungen und zusätzliche Maßnahmen sind hierfür verantwortlich.

Die Steigerung fangen wir aber durch die bereits erwähnte **Mehrwertsteuerrückerstattung** auf.

Beim **Freibad** planen wir knapp **1,85 Mio. Euro** an **Fördergeldern** ein.

Wir hoffen zudem noch auf eine zusätzliche LEADER-Förderung von knapp 100.000 Euro. Die wir allerdings noch nicht im Haushaltsplan berücksichtigt haben, da der Antrag erst im I. Quartal 2020 gestellt wird.

Auch beim Freibad wird man sich im kommenden Jahr **Gedanken über den zukünftigen Betrieb und die Kostenstruktur machen müssen**.

Über die **Entwicklung unserer Leuchtturmprojekte informieren wir** im Übrigen **regelmäßig** in jeder Sitzung der Fachausschüsse.

Transparenz wird hier an den Tag gelegt. Dann gäbe es bei negativem Verlauf nämlich **kein böses Erwachen** und **alle** sind immer **auf dem gleichen Wissensstand**.

Weitgehend mit Mitteln des **kommunalen Investitionsprogrammes des Bundes** (KIP Bund) werden wir den **Rathausplatz barrierefrei umgestalten und städtebaulich aufwerten**. Die hierbei nach der Submission zu verzeichnende Kostensteigerung von **50.000 Euro** finden Sie im Haushalt dargestellt.

Beim **Anbau eines Mehrzweckraumes**, der bei Bedarf auch temporär als zusätzlicher Gruppenraum genutzt werden könnte, an den kirchlichen **Kindergarten „Arche Noah“ in Momberg** greifen wir auch auf das **KIP-Programm des Bundes** zurück.

Ebenso wie beim Rathausplatz dürften die Arbeiten hier im zeitigen Frühjahr beginnen. Die Planungen sind jeweils abgeschlossen, die Genehmigungen liegen vor.

Auch die bereits angesprochene Umgestaltung des **Bürgerparks** beginnt im Frühjahr 2020 und dürfte insgesamt ein Jahr in Anspruch nehmen.

Wir möchten, dass dieser **Ort in mitten der Kommune** noch mehr als bisher zu einem **Treffpunkt für alle Altersgruppen** und damit zu einem **Ort der Begegnung** wird.

Wir erwarten, dass sich alle dort mit Respekt begegnen.

Nach der laufenden Saison soll zudem der **barrierefreie Umbau des „Rotkäppchen“-Hallenbades in Mengersberg** mit **Sanierung der Umkleide- und Sanitärräume** beginnen. Nach fast fünfzig Jahren ist das notwendig.

Hier gehen wir von Kosten in Höhe von **330.000 Euro** und **95.000 Euro Zuschuss** aus dem **SWIM-Programm** des Landes aus.

2020 werden wir die Umsetzung des Integrierten Entwicklungskonzeptes (IKEK) im Rahmen der Dorfentwicklung weiter vorantreiben.

Revitalisierungsstudie für den Ortskern Speckswinkel und Schaffung eines barrierefreien Dorfplatzes, Machbarkeitsstudie Gemeindehaus Mengersberg, Giebelsanierung beim Backhaus und Umgestaltung des Spielplatzes beim Feuerwehrhaus sowie Planung bzw. nach Möglichkeit auch Beginn des Umbaus des alten Kindergartengebäudes in Momberg zu einem multifunktionalen Haus stehen hier im kommenden Jahr konkret an.

Gerade habe ich Ihnen investive Projekte in einer finanziellen Größenordnung von etwa 12 Mio. Euro aufgezählt, denen Fördermittel in Höhe von rund 8,2 Mio. Euro gegenüberstehen.

Das sind **Zuschüsse in einer Größenordnung von fast 70 %**. Dieses **erfolgreiche Fördermittelmanagement** ermöglicht es, Neustadt eine **gute Zukunft** zu eröffnen.

Investitionen, die nach gegenwärtiger Planung ohne Kredite finanziert werden.

2020 wollen wir im Übrigen **drei neue Projekte** im Rahmen der „**Sozialen Stadt**“ anmelden:

Ein **Verkehrsgutachten für die Neustädter Innenstadt**, das sowohl den fließenden als auch den ruhenden Verkehr betrachtet.

Von dieser Studie erwarte ich mir auch **Aussagen** im Hinblick auf den Umgang mit einer mittelfristigen **Zunahme des Verkehrs durch die Freigabe des A 49-Abschnittes Neuental – Schwalmstadt**.

Die **Planungskosten für den Umbau/die Sanierung der Marktgasse 3** (Zwischenbau „Haus der Vereine“).

Die bereits erstellte Machbarkeitsstudie weist uns den Weg in Richtung **Wohnnutzung oder Hostel**. Hier muss es uns gelingen, **Kooperationspartner, aber auch Geldgeber**, zu finden.

Ein erster Partner könnte mit dem Kolping-Diözesanverband Fulda gefunden worden sein. Bis zum Ziel ist es aber, wie ausgeführt, noch ein langer Weg.

Zum dritten wollen wir 2021 Wohnquartiere und Wegstrecken durch das **Aufstellen von Bänken** attraktiver gestalten.

Sie sehen: Wir sind nicht ziellos. Wir haben Ziele. Wir gestalten Zukunft.

2020 befinden sich diese vorrangig in infrastrukturellen Maßnahmen im Rahmen der Stadt- und Dorfentwicklung und im Ausbau des sozialen Netzes.

Wir schaffen viel, aber eben auch nicht alles

Auf dem Höhepunkt des Flüchtlingszustroms nach Deutschland hatte die **Bundeskanzlerin 2015** den kurzen, aber bedeutungsvollen Satz „**Wir schaffen das**“ ausgesprochen.

Drei Worte, über die sie seitdem sicher viele Male nachgedacht haben dürfte und die sie wohl so nicht mehr aussprechen würde.

Gut wäre es in meinen Augen, wenn die Kanzlerin dies auch einmal laut sagen würde.

Viele Menschen würden eine solche klare Aussage sicher begrüßen und damit möglicherweise auch verloren gegangenes Vertrauen in die Politik zurückgewinnen.

Nur wenn die Parteien der Mitte wieder Vertrauen zurückgewinnen, bleibt die Stabilität in unserer Demokratie gewahrt.

Der chinesische Philosoph **Konfuzius** (551 – 479 v. Chr.) hat einmal gesagt

„Wer einen Fehler begangen hat und ihn nicht korrigiert, der begeht einen zweiten.“

Ein Wort, das für alle Ebenen und jeden gilt, auch für uns.

Wir haben wie ausgeführt 2020 viel vor. Wir wollen viel schaffen. Wir wollen die Lebensqualität in Neustadt verbessern.

Ich sprach gerade von den großen **Leuchtturmprojekten**.

Hinzu kommen aber noch einige andere Vorhaben, die ich im weiteren Verlauf ebenfalls noch benennen werde.

Diese im Haushaltsplan etatisierten Investitionen werden wir, wie es „neudeutsch“ so schön heißt, nach meiner festen Überzeugung **„wuppen“**.

Daneben gibt es aber sicherlich noch andere Dinge, die es wert wären, von einer Kommune intensiv(er) behandelt zu werden:

Mobilität, Radwegenetz, Klimaschutz, Wohnungsbau – um nur vier Punkte zu nennen.

Natürlich ist beispielsweise auch der Neubau des Kultur- und Bürgerzentrums und die Sanierung des Freibades Klimaschutz, aber hier gäbe es noch weit mehr Ansätze.

Aufgaben lassen sich viele finden. Jedem von Ihnen fiel sicher etwas ein. Jeder hat sicher in den letzten Monaten in der Zeitung ein interessantes Projekt in einer anderen Stadt oder Gemeinde entdeckt, dass er sich auch bei uns vorstellen könnte.

Klar ist aber auch, dass der britische Premierminister **Harold Wilson** (1916-1995) Recht hat, der einmal sagte, dass **Regieren aus dem Festsetzen von Prioritäten bestehe**.

Ergänzt wird dieses Zitat durch ein Wort des deutschen Mathematikers **Helmar Nahr** (1931) der feststellte, dass **Prioritäten setzen eben auch heißt auszuwählen, was liegen bleiben soll**.

Zur Ehrlichkeit gehört es dazu, Ihnen zu sagen, dass sich **nicht alles im Haushaltsplan wiederfinden kann, was wünschenswert wäre oder dass es manchmal einer längeren Planung bedarf, bevor etwas in die Umsetzung gehen kann**.

In der Vergangenheit haben Sie Verständnis für ein solches **geordnete Vorgehen** gezeigt. Ich bin mir sicher, dass dies auch zukünftig so sein wird.

Drei Gründe sind es, die maßgebend dafür sind, dass sich nicht alles Wünschenswerte im Haushalt wiederfinden kann:

Die Zeit, das Personal und das Geld.

Ein Jahr hat nur zwölf Monate, da kann man einfach nicht alles angehen, planen und wohlmöglich umsetzen, was man gerne möchte.

Der **Faktor Zeit** ist eben leider **begrenzt**.

Ungeduldige Menschen wie ich **tun sich mit dieser Erkenntnis** durchaus **schwer**.

Unsere Personaldecke ist ausreichend, aber nicht üppig.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gerade auch die Führungskräfte, sind voll ausgelastet.

Im zu Ende gehenden Jahr hatten wir den krankheitsbedingten Ausfall unseres Bauamtsleiters über sechs Monate hinweg zu verzeichnen.

Das kann eine kleine Verwaltung wie die unsere unmöglich kompensieren.

Dass „der Laden“ trotzdem weiterlief, wenn auch dann und wann mit halber Kraft, haben wir den verbliebenden Mitarbeitenden und manchen guten Hinweis vom Krankenlager aus zu verdanken.

Dafür nochmals herzlichen Dank.

In einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung haben wir 2019 trotz der widrigen Bedingungen fast alles geschafft, was auf der Agenda stand.

Ob wir das **anspruchsvolle investive Programm des kommenden Jahres** innerhalb der folgenden zwölf Monate vollständig **umsetzen** können, weiß ich heute noch nicht.

Dafür ist es notwendig, dass eine Vielzahl von Faktoren gegeben sind. Auch dass es keine erneuten langfristigen Krankheitsfälle gibt.

Was ich aber weiß ist, dass wir als Bürgermeister und Verwaltung alles dafür tun werden, soviel wie möglich davon Realität werden zu lassen.

Lassen Sie uns dabei vorgehen wie beim Klöße essen – einer nach dem anderen.

Wir werden die Maßnahmen intern priorisieren und dann abarbeiten.

Wenn wir tatsächlich ein Projekt nach 2021 schieben müssen, dann ist das kein Beinbruch, es passiert sicherlich auch so genug.

Wir haben **2018-2020 einen größeren Personalwechsel durch die Verrentung von Leistungsträgern**, zu verzeichnen.

Hier gilt es zunächst „die Neuen“ anzulernen und auch Umstrukturierungen vorzunehmen, bevor es wieder heißen kann „Volle Kraft“ voraus.

Zudem müssen alle Vorhaben auch in unsere kurz- und mittelfristige Finanzplanung passen.

Aber keine Sorge bis 2025 oder 2030 ist noch Zeit, vieles von dem, was jetzt gerade nicht geht, auf die Agenda zu setzen.

Und seien wir ehrlich: Soviel wie momentan wurde noch nie in die Infrastruktur unserer Kommune investiert. Mehr geht nicht.

Ich bin zudem zuversichtlich, dass mir im Laufe der kommenden Jahre noch einige neue Projekte zur Weiterentwicklung unserer Kommune einfallen werden.

Mobilität, Radwegebau, Klimaschutz und Wohnungsbau sind im Übrigen Themen, wo gerade kleinere Kommunen wie wir recht schnell ihre Grenzen erkennen müssen.

Dies sind klassische Themen für eine **Interkommunale Zusammenarbeit**.

Dies sind **Betätigungsfelder, wo der Landkreis uns ebenso wie beim Breitbandausbau tatkräftig unterstützen kann.**

Erste **positive Anfänge** sind bereits gemacht.

Diesen Weg gilt es nun **konsequent fortzusetzen** und wo möglich zu **intensivieren**.

Für den **Radwegebau** haben wir in diesem Haushalt als „**Merkposten**“ **15.000** Euro für Planungen vorgesehen, was in der Folge daraus erwächst, müssen wir sehen.

Das **IKZ-Projekt mit den Nachbarkommunen** Stadtallendorf, Kirchhain und Rauschenberg **tritt nun in die II. Phase** ein.

Wir werden prüfen, wo konkret das Miteinander aller vier oder zumindest von drei Kommunen möglich ist.

Interkommunale Zusammenarbeit ist manchmal **wie das Bohren dicker Bretter**, es braucht seine Zeit, bis man zum Ziel kommt.

The same procedere as last year

In den letzten Jahren hatte ich mich in meinen Haushaltsreden immer **ausführlich mit den Geschehnissen in Deutschland, Europa und der Welt auseinandergesetzt**.

Als ich mir meine Ausführungen vom vergangenen Dezember in diesen Tagen nochmals ansah, musste ich leider feststellen, dass alle damaligen Aussagen auch heute noch zutreffen.

Daher werde ich mich zu dieser Thematik diesmal deutlich kürzer fassen.

Nichts, leider auch gar nichts, hat sich vorteilhaft verändert.

Trump, Putin oder Erdogan sind immer noch da und jetzt ist auch noch **Boris Johnson** dazugekommen.

Europa hat zwar gewählt, aber die **Spitze der EU-Kommission** bestimmte dann nicht das legitimierte Parlament, sondern sie wurde von den Staats- und Regierungschefs auf unwürdige Weise ausgeklüngelt.

2019 gab es in Deutschland erneut mehrere **Landtagswahlen**.

Das bittere Fazit daraus ist, dass es **keine Volksparteien mehr** gibt und die klassische **politische Mitte** deutlich **an Zustimmung verliert**.

Wenn CDU, SPD, Grüne und FDP in Thüringen gemeinsam keine Mehrheit im Landtag erreichen, dann ist das ein Alarmsignal.

Die Ränder werden stärker und Unregierbarkeit vielerorts droht.

Im Übrigen glaube doch keiner ernsthaft, dass **dreier oder gar vierer Koalitionen** völlig unterschiedlicher Partner viel bewirken können und auch bei **Minderheitsregierungen** bin ich mir im Übrigen nicht so sicher.

Ebenso wie Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sehe ich in der Tatsache, dass Deutschland seit 2005 – mit Ausnahme der Jahre 2009-2013 – von einer **GroKO** regiert wird, einen **Teil des Problems**.

Wenn die beiden einstmaligen Volksparteien immer wieder zusammen regieren (müssen), verschwimmen die Unterschiede.

Die **Sozialdemokratisierung der CDU** unter Angela Merkel, die **Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit bei der SPD** und das **staatspolitische Versagen der FDP bei der Regierungsbildung 2017** sind weitere Ursachen für die gegenwärtige Situation.

Eine gewisse **Hilfslosigkeit macht sich daher breit**, auch bei mir.

Mit **großer Sorge** muss man vor diesem Hintergrund der **Bundestagswahl 2021** entgegensehen.

Wie sollen sich in der größten Demokratie des Kontinents **stabile Mehrheitsverhältnisse** finden?

Ich bin seit 31 Jahren Mitglied einer Partei, aber noch nie empfand ich die **Kluft zwischen „denen da oben“ und uns, der Basis**, so groß wie heute.

Wo sind die Frauen und Männer – und dies gilt für alle demokratischen Parteien – **mit Charisma, mit Überzeugungskraft und rhetorischem Talent**, die das Steuer wieder herumreißen können?

Wo sind die politischen Programme, die Perspektiven aufzeigen und das Land voranbringen?

Wie soll es weitergehen mit unserer Parteien-Demokratie?

Droht Weimar, drohen italienische oder französische Verhältnisse, wo die althergebrachten Parteien längst Geschichte sind?

Fragen, über Fragen, aber auch 2019 – leider – keine Antworten.

Ich bekenne mich eindeutig dazu, dass es Parteien braucht, da sie – wie es im Grundgesetz heißt – zur Willensbildung des Volkes beitragen sollen.

Aber gegenwärtig wird man dieser Aufgabe insbesondere in Berlin nur völlig unzureichend gerecht.

Stühlerücken ist daher angesagt, ob Casting-Shows der richtige Weg dazu sind oder „ältere Herren“ als Heckenschützen agieren müssen, bezweifle ich allerdings stark.

Wenn es im Großen knirscht und knallt und niemand so richtig weiß, wie es weitergeht, dann ist es umso wichtiger, dass es auf der kleinsten Ebene, in den Städten und Gemeinden, funktioniert.

Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, hier sind wir gefragt.

Unsere **Politik vor Ort** muss sich dabei **an den** erkannten **Notwendigkeiten** ausrichten.

Wir müssen dabei immer wieder **erklären, was - warum - wann bei uns passiert.**

Daher ist für mich eine **aktive Öffentlichkeitsarbeit** der Kommune von besonderer Bedeutung.

Hierzu nutzen wir das **Internet**, unsere neue **APP**, die **regionale Presse** und das kostengünstige **„Mitteilungsblatt“**, das sich zu einer kleinen Wochenzeitung entwickelt hat.

Wer will, kann sich also auf unterschiedliche Art und Weise informieren.

Die Menschen wollen in der Kommunalpolitik keinen Streit, sie wollen die gemeinsame Suche nach der besten Lösung.

In meinen Augen erfüllen wir diese Erwartung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, daher sollten wir den **eingeschlagenen Kurs unseres kleinen Seglers „Neustadt“ unbedingt beibehalten.**

Miteinander Zukunft gestalten

Zukunft kann man nur miteinander gestalten.

Dies gilt für das von mir dargestellte **Verhältnis in den städtischen Gremien** ebenso wie für das **Zusammenwirken von Bund, Land, Kreis und Kommune.**

Artikel 28 unseres Grundgesetzes regelt den **föderativen Aufbau** und gibt eine Bestandsgarantie für die Kreise, Städte und Gemeinden ab.

Daher ist es richtig, wenn die Kommunen von den übergeordneten staatlichen Ebenen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt werden.

Zugleich sollten sich die **Reglementierungen „von oben“ aber auf ein Mindestmaß beschränken.**

Das Land hat mit dem **2015 neugestalteten Kommunalen Finanzausgleich** zumindest aus Neustädter Sicht insgesamt **gute Arbeit geleistet.**

Wir **profitieren** nach wie vor **von dieser Regelung.**

Auch bei der anstehenden **Evaluierung des KFA** muss das Land die berechtigten Interessen der Kommunen im ländlichen Raum im Blick haben.

Gegenwärtig gibt es hier aber **Tendenzen, die ein wenig Anlass zur Sorge geben.**

So sollen bei der **Berechnung der finanziellen Mindestausstattung** nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) künftig die gemeindlichen Steuereinnahmen nicht mehr nach den niedrigeren Nivellierungshebesätzen, sondern nach den aktuell viel höheren Hebesätzen berechnet werden. Brechen bei einer zukünftigen Wirtschaftskrise die Steuereinnahmen ein, müsste das Land dann weniger an die Kommunen zahlen.

Zutreffender Weise hält es auch das Land für **nicht tragbar**, dass die **kreisfreien Städte 2020 den Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen fast komplett alleine abschöpfen.**

Aus dieser Erkenntnis heraus, sollte man aber das FAG ändern und auch den kreisfreien Bereich hieran partizipieren lassen.

Die bisher angedachte Regelung einer **„Kreditierung“** ist dabei abzulehnen.

2020 müssen die kreisfreien Städte nach der bisherigen Planung Gelder an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden abgeben, diese sollen die Beträge im Rahmen der „Kreditierung“ dann später zurückzahlen.

Warum das Land hier in alte „Strickmuster“ zurück zu fallen scheint, erschließt sich mir nicht.

Die Forderung kann nur lauten: **„Kreditierung“ abschaffen und FAG ändern.**

Ansonsten gibt es über die Politik der Landesregierung derzeit nichts zu klagen.

Neustadt profitiert sowohl von der „Hessenkasse“ als auch dem neuen Programm „Starke Heimat Hessen“.

Neben den bereits genannten Bereichen erhalten wir für Vorhaben der **Digitalisierung 28.000 Euro** aus diesem großen Fördertopf.

Warum der Hessische Städte- und Gemeindebund die „Starke Heimat Hessen“ kategorisch ablehnt, erschließt sich mir nicht.

Ich kann auch keine Überreglementierung bei diesem Programm erkennen.

Der **übergroße Teil der Mitgliedskommunen profitiert von diesem Programm**. Diejenigen, die nicht zu den Gewinnern zählen, bestimmen aber scheinbar die Meinungsbildung beim HSGB.

Bei der „**Hessenkasse**“ steht unserer Kommune ein Kontingent **von fast 2,8 Mio. Euro** zur Verfügung. Davon müssen wir **lediglich zehn Prozent zurückzahlen**.

Mit den bereits durchgeführten bzw. beauftragten Maßnahmen des Jahres **2019** haben wir **rund 500.000 Euro** der Fördersumme belegt.

Im kommenden Jahr sollen **Investitionen** in einer Größenordnung **von 690.000 Euro** mit Hilfe der „Hessenkasse“ umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht werden.

• Sanierung der Trauerhalle Mengersberg	130.000 Euro
• Fassadensanierung „Haus der Vereine“	50.000 Euro
• Umbau/Sanierung Stadtkasse	35.000 Euro
• Umbau „Zollhof“ für FFW-Unterkunft	130.000 Euro
• Erweiterung Parkplatz FFW Neustadt	31.500 Euro
• Sanierung Trauerhalle Momberg	125.000 Euro
• Gewässerverrohrung Querallee	135.000 Euro
• Balkenmäher für den Bauhof	55.000 Euro

Im Vergleich zur Aufstellung des letzten Jahres hat es hier **Verschiebungen** gegeben.

Projekte wie die Gewässerverrohrung Querallee, die Ersatzbeschaffung für den über zehn Jahre alten Balkenmäher für den städtischen Unimog oder die notwendige umfassende Sanierung der Trauerhalle in Momberg sind **neu hinzugekommen**.

Bei anderen wurde die **Kostenschätzung** vom Herbst 2018 **aktualisiert**.

Die **Sanierung des Hallenbades wird nun anderweitig ko-finanziert** (SWIM-Programm) und auf den Erwerb eines thermischen Unkrautvernichtungsgerätes für den Bauhof wird aufgrund nicht überzeugender Probephase verzichtet.

Eine Aufstellung aller gegenwärtig vorgesehenen Projekte für die „Hessenkasse“ finden Sie in der Anlage zu dieser Haushaltsrede.

Mit den Maßnahmen des Jahres 2020 sind dann 1,2 Mio. Euro belegt, so dass **noch Vorhaben** in einer Größenordnung **von 1,6 Mio. Euro angegangen werden können**.

Die Anmeldungen müssen bis zum 31.12.2021 bei der WI-Bank vorliegen.

Mit dem Haushaltsplan 2021 und der dabei anstehenden mittelfristigen Finanzplanung wird über die einzelnen Maßnahmen letztlich zu entscheiden sein.

Rund ein Drittel des noch zur Verfügung stehenden Geldes soll nach Vorstellung des Magistrates dann für die Sanierung der Umlaufbahn im „Waldstadion“ Verwendung finden.

Hiervon wird der Vereins- und Schulsport profitieren und auch **Präventionsarbeit im Gesundheitsbereich** geleistet.

Wir setzen für die Maßnahme auf einen **Zuschuss des Kreises**.

Aber wie gesagt, noch ist die Projektaufstellung für die „Hessenkasse“ vorläufig.

Wir werden – wie beim Hallenbad geschehen- auch noch einmal schauen, wo wir ggf. **andere Förderprogramme in Anspruch nehmen** können, um so insgesamt mehr Projekte für unsere Kommune umsetzen zu können.

Bei der **Fußgängerbrücke in der Allee** sind wir bereits auf das Nahmobilitätsprogramm des Landes (70 % Zuschuss) umgeschwenkt.

Die Maßnahme konnte aber aufgrund der Personalsituation im I. Halbjahr 2019 nicht angegangen werden, sie wird wieder auf die Agenda gesetzt.

Die Pflicht gilt es vorrangig zu erfüllen, dann erst kommt die Kür

Wer meinen bisherigen Ausführungen aufmerksam gefolgt ist und sich die einzelnen Ansätze im Haushaltsplan betrachtet, der wird **zahlreiche Projekte finden, die durchaus Kür sind, die wir uns früher so nicht hätten leisten können**.

Aufgrund der eingangs dargestellten **geänderten Rahmenbedingungen** und eines nach wie vor **aktiven Fördermanagements** sind sie heute **solide finanzierbar** und auf **Nachhaltigkeit** ausgelegt.

Diese Vorhaben – ich denke beispielsweise an das Familien- und Generationenzentrum, das multifunktionale Haus in Momberg, die Umgestaltung von Freibad und Bürgerpark, verstärkte Aktivitäten im Umweltschutz oder den Bau von Spielplätzen – **sind weiche Standortfaktoren**.

Sie sind nachhaltig und erhöhen die Attraktivität unserer Kommune gerade auch für Familien.

Vor der Kür muss aber stets die Pflicht, nämlich die **Substanzsicherung** der kommunalen **Infrastruktur**, kommen.

Dieser Maxime wird der im Entwurf vorliegende **Haushaltsplan 2020** ebenfalls **voll und ganz gerecht**.

Insbesondere mit **Mitteln** aus der „Hessenkasse“ finanzieren wir – wie gerade dargestellt - verschiedene Maßnahmen der Unterhaltung kommunaler Gebäude.

Der **Brandschutz** nimmt dabei auch in den kommenden Jahren eine **bedeutsame Rolle im städtischen Haushalt** ein.

2020 und 2021 richten wir hierbei unseren Blick vorrangig auf die **Freiwillige Feuerwehr Speckswinkel**.

Im Hinblick auf den **Erwerb eines neuen Fahrzeuges** ist es erforderlich, dass die **Fahrzeughalle umgebaut** wird.

Um auch die **schwarz-weiß Trennung** zukünftig gewährleisten zu können, muss der **bisherige Jugendraum** aufgegeben und einer **neuen Nutzung als Umkleidebereich** zugeführt werden.

Im Verlauf des Jahres sollte es uns hoffentlich gelingen, eine **neue Unterkunft** für die **Jugendlichen** zu finden.

Investitionen in den Brandschutz sind wichtig.

Der Magistrat bekennt sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu den vier Wehren in unserer Kommune.

Notwendig ist aber auch, dass **gut ausgebildete und motivierte Feuerwehrfrauen und –männer in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen**. Denn was nutzen die besten Gebäude und Fahrzeuge, wenn sie zu Wenige nutzen.

Der Magistrat schlägt Ihnen im Bereich der kommunalen Pflichtaufgaben weiterhin vor, die **Mittel für die Straßenunterhaltung von bisher 110.000 Euro auf 150.000 Euro zu erhöhen**, um so noch mehr Handlungsspielraum als in der Vergangenheit zu erhalten.

Hier ist es im Übrigen **besser und nachhaltiger** - wie 2019 in der Bismarckstraße oder dem Einmündungsbereich Hindenburgstraße – Bismarckstraße geschehen – **großflächig zu agieren, als nur einzelne Löcher zu stopfen**.

Weiterhin plädieren wir als Magistrat dafür, den **Ansatz für die Erweiterung und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung von 22.500 Euro auf 40.000 Euro zu erhöhen**.

Hier ist es angezeigt, die **Standicherheit zahlreicher Masten** zu **überprüfen** und ggf. einen Austausch vorzunehmen.

Noch ein Wort zur Straßenbeleuchtung:

Immer wieder wird der **Wunsch aus der Bürgerschaft** an die Kommune herangetragen, die **Straßenbeleuchtung zu erweitern**.

Nicht allen diesen Anliegen können wir kurzfristig nachkommen.

Es gilt daher zu **priorisieren** und zu fragen, ob zusätzliche Lampen an allen angeregten Standorten wirklich notwendig sind.

Eine Erweiterung kann nur aus Gründen der **Verkehrssicherheit** bzw. der **allgemeinen Sicherheit** gerechtfertigt sein.

Bei Erschließungs- und Straßensanierungsmaßnahmen werden die Kosten für die notwendige Beleuchtung auf die Anlieger und die Kommune umgelegt. Bei bloßer Erweiterung verbleiben die Kosten alleine bei der Stadt. Eine Gleichbehandlung der Anlieger ist dadurch nicht gegeben.

Sicher sorgt die **Umstellung auf die LED-Technik** an manchen Stellen aufgrund der großen Mastenabständen für eine nicht optimale Ausleuchtung, aber auch das **Anspruchsdenken** wird erkennbar größer.

Mit dem **Haushaltsplan 2020** wird endgültig die **Umstellung auf die wiederkehrenden Straßenbeiträge vollzogen**.

Dabei beginnt die erste vierjährige Abrechnungsperiode in der **Kernstadt**.

Die **Nebenanlage der Querallee** einschließlich eines Teils des angrenzenden unselbständigen Stichweges wird grundhaft saniert und in diesem Zusammenhang auch die **Bushaltestelle bei der Martin-von-Tours-Schule** erneuert.

Neben den **Straßenbeiträgen** und dem **kommunalen Anteil** wird die Straßenbaumaßnahme mit **GVFG-Mitteln** finanziert.

An den Kosten der Bushaltestelle beteiligt sich der Landkreis.

Entsprechend der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen **Prioritätenliste für den innerörtlichen Straßenbau** wurde die mittelfristige Finanzplanung bis 2023 gestaltet.

2020 wollen wir im Übrigen mit der Planung für den **barrierefreien Umbau weiterer Bushaltestellen** im Stadtgebiet beginnen.

Die Planungskosten werden vom Landkreis mit 4.000 Euro je Bushaltestelle gefördert.

Im Entwurf des Haushaltsplanes finden sie drei **Ansätze für Planungskosten**.

Da sind die bekannten **Planungskosten für die grundhafte Erneuerung von Straßen** (25.000 Euro).

Hinzugekommen ist dann zunächst der Ansatz für die **Planungsleistungen zur endgültigen Herstellung von Erschließungsanlagen** (25.000 Euro).

Ein weiterer neuer Ansatz ist dafür gedacht, **zukünftige investive Maßnahmen vorzubereiten** (30.000 Euro).

Dadurch werden wir in die Lage versetzt, hier flexibler zu reagieren und Planungen nicht stur an Haushaltsjahren auszurichten.

Uns allen ist bekannt, dass wir **noch über 30 Erschließungsanlagen endgültig fertigstellen** müssen.

Einige davon, beispielsweise ein Teil des Carl-Bantzer-Weges, **weisen Handlungsbedarf auf**, viele andere befinden sich in einem guten bzw. akzeptablen Zustand, an manchen gibt es noch Baulücken.

Bei einigen Erschließungsanlagen dürfte die **Veranlagung**, formulieren wir es einmal diplomatisch, durchaus „**herausfordernd**“ sein.

Hier wird vereinzelt Pragmatismus nötig sein, um Lösungen zu finden.

Dies darf aber nicht dazu führen, nichts zu tun. Wir müssen die Sache jetzt angehen.

Der **Fahrplan** sieht nun wie folgt aus:

Bis Ende April 2020 Beschluss einer nach objektiven Kriterien aufgebauten **Prioritätenliste**.

2022 Umsetzung der ersten Maßnahme(n).

Wir sollten den **betreffenden Anliegern** nach Auffassung des Magistrats knappe **zwei Jahre Zeit geben**, sich auf die anstehenden Zahlungen einzustellen, schließlich fallen hier Beiträge von 90 % an.

Zur kommunalen Pflichtaufgabe gehört auch die **Wasserversorgung**.

Während die Einwohner in der **Kernstadt vom ZMW** versorgt werden, übernimmt die Kommune diese Aufgabe in den **Stadtteilen** selbst.

Die Betreuung der Anlagen werden wir nun über den 31.12.2019 hinaus selbst sicherstellen (müssen).

Die in diesem Zusammenhang geführten Gespräche mit dem ZMW und den Stadtwerken Marburg unter Beteiligung anderer Kommunen haben zu keinem Erfolg geführt.

Hinsichtlich der **Bereitschaftsdienste** werden wir **mit der Stadt Rauschenberg** zusammenarbeiten.

Wir müssen schauen, wie sich das Miteinander anlässt.

Bei guten Ergebnissen, wird man sicher über einen Ausbau dieser Zusammenarbeit nachdenken können.

In **Speckswinkel** müssen wir den aus dem Jahr 1928 stammenden **Hochbehälter erneuern oder das Ortsnetz an den dafür ausreichenden Momberger Hochbehälter anschließen.**

Bei der Beantwortung dieser Frage sind **Investitions- und Folgekosten** zu betrachten.

Auch wenn ich weiß, dass die **Speckswinkler ihren Brunnen und damit den Hochbehälter gerne behalten wollen**, werde ich dafür, **die Entscheidung sachlich und ohne Emotionen zu treffen.**

Die Maßnahme selbst ist für 2021f. vorgesehen.

Zuvor gilt es aber dafür zu sorgen, dass eine **rechtssichere Veranlagung** der Speckswinkler Grundstückseigentümer gewährleistet ist.

Anders als die Jugendarbeit oder das Familien- und Generationszentrum **zählt die Bereitstellung von Betreuungsplätzen in Kindergärten zu den kommunalen Pflichtaufgaben.**

Hier sehe ich uns **gut aufgestellt.**

Durch den **Waldkindergarten**, der 2020 seinen **Bauwagen** erhalten wird, und die **fünfte Gruppe** in der Kindertagesstätte „**Regenbogen**“ in der Allee sind über **vierzig Betreuungsplätze** hinzugekommen.

Der **Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter zwei Jahren** erscheint notwendig, da es hier immer mehr Nachfragen gibt.

Dies lässt sich in meinen Augen am besten durch **weitere Tagesmütter** erreichen.

Auch wenn die **bisherigen Versuche noch keinen Erfolg** gezeigt haben, dieses Angebot auszubauen, bleiben wir am Ball.

Um **Tagesmütter** bei der Anmietung von Räumlichkeiten u. ä. zu unterstützen, könnte ich mir eine **Festbetragsförderung pro Betreuungsplatz** durch die Kommune vorstellen.

Dass das Land den Städten und Gemeinden im Rahmen des Programms „**Starke Heimat**“ **zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung** bereitstellt, ist zu begrüßen. Für Neustadt handelt es sich hierbei um rund **110.000 Euro.**

Weitere Verbesserungen in diesem Bereich sind im Vorbericht dargestellt.

Mit Unverständnis sehe ich nach wie vor, **die Wahlfreiheit der Eltern** bei den **Kindergartenplätzen** und der damit **einhergehenden Kostenausgleichspflicht für die Wohnortkommune.**

Wir zahlen hier rund 25.000 Euro an andere Kommunen.

Sicher, bei manchen Eltern ist ein Kindergartenbesuch außerhalb Neustadts aufgrund der privaten bzw. beruflichen Gegebenheiten nicht zu vermeiden, bei vielen ist es aber Bequemlichkeit oder die Suche nach dem Besonderen.

Muss dies denn die Allgemeinheit zahlen?

Eine weitere **kommunale Pflichtaufgabe ist die Müllentsorgung.** Diese haben wir zum 1.1.2019 an den **Müllabfuhrzweckverband Biedenkopf übertragen.**

Dieser Wechsel hat sehr gut von statten gegangen. Allen, die daran beteiligt waren, gilt man Dank.

Dass es **2020** zu einer **Gebührenerhöhung** kommen wird, ist aufgrund der Gegebenheiten nachvollziehbar. Wären wir selbständig geblieben, müssten wir über eine viel deutlichere Preisanpassung reden.

Der neue große **Bauhof II** in der ehemaligen Kaserne eröffnet uns nun endlich die Möglichkeit einen vernünftigen kleinen **Wertstoffhof** zu schaffen. Dieses Vorhaben sollten wir 2020 auf den Weg bringen.

Die Energiewende geht uns alle an

Atomstrom? Nein danke. **Braunkohlekraftwerke?** Dreckschleudern.

Energiewende und Klimaschutz? Na klar, aber nicht unbedingt vor unserer Haustüre.

So stellt sie sich dar, die aktuelle Situation in Deutschland.

St. Florian scheint nicht nur der **Patron** der Feuerwehrleute zu sein, sondern auch **der Windkraftgegner**.

Sauberen Strom will jeder von uns, aber er sollte möglichst weit weg erzeugt werden.

Im ersten **Halbjahr 2019** wurden in **Deutschland 86 neue Windräder** auf dem Land gebaut, so wenige wie noch nie seit 2000.

In diesem Jahr wurde in Hessen bis Oktober ein einziges Windrad neu errichtet und keines genehmigt.

Irgendetwas scheint hier nicht zu stimmen. Reden und Handeln passen nicht zusammen.

Bereits **2014** schlossen wir Gestattungsverträge mit der Energiegenossenschaft Vogelsberg (EGV) über den **Windpark „Dreiherrnstein“** und ein zusätzliches Windrad in der Gemarkung **„Trillrodt“** ab.

Leider konnten die Windenergieanlagen bisher trotz umfangreicher Vorarbeiten und Gutachten nicht gebaut werden.

Gegenwärtig wird die Rodung der Flächen für Ende 2021/Anfang 2022 und unmittelbar in der Folge der Baubeginn angestrebt.

Für uns als verantwortliche und verlässliche Kommunalpolitiker muss der alte lateinische Grundsatz **„pacta sunt servanda“** – Verträge sind verbindlich- gelten.

Ich halte den **Bau der Windräder auf kommunalen Waldflächen** nach wie vor für **verantwortbar**.

Es wird ein **kommunaler Beitrag zur Energiewende** geleistet, über die EGV besteht die Möglichkeit für Interessierte sich hieran zu beteiligen und so **Wertschöpfung in der Region** zu halten und die **Kommune kann jährliche Einnahmen von zumindest 175.000 Euro**, also 3,5 Mio. Euro in zwanzig Jahren, erzielen. Hinzu kämen noch Gewerbesteuerereinnahmen.

Dieses **Geld wird letztlich allen zu Gute kommen**, da hierdurch der städtische Haushalt stabilisiert wird.

Wenn durch das Regierungspräsidium Gießen das **Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung** gestartet wird, dann ist dadurch größtmögliche **Transparenz** gewährleistet.

Ein weiteres Thema im Rahmen der Energiewende sind **PV-Freiflächenanlagen**.

Das EEG gewährt für diese entlang von Bahnlinien besondere Fördersätze.

Zwei dieser Anlagen wurden in Neustadt bereits auf den Weg gebracht. Zumindest von einer können die Mitglieder der EGV profitieren.

Wir wissen, dass sowohl diese regionale Genossenschaft als auch zumindest ein überregionaler Investor aktuell prüfen, wo sie in der Neustädter Gemarkung noch weitere PV-Freiflächenanlagen errichten könnten.

Hier sollten wir in den kommenden Monaten geordnet vorgehen.

Die **Investoren** sollen zunächst ihre **Vorgespräche** mit den Grundstückseigentümern führen und dann auf die **Kommune** als **Träger der Bauplanungshoheit** zukommen.

M.E. sollten wir zukünftig **nur** noch **Projekte unterstützen, wo eine Bürgerbeteiligung zwingend vorgesehen ist.**

Daher stimme ich dem entsprechenden Grundsatzantrag der SPD-Fraktion zu.

Auch gilt es, die **Interessen der Landwirtschaft und anliegender Hauseigentümer** bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Die Bauleitplanung ist Aufgabe der Kommune. Dieses hohe Gut sollten wir verantwortungsvoll einsetzen.

Im Entwurf des Haushaltsplanes ist auch die **Gewässerrenaturierungsmaßnahme „Plätschborn“** abermals enthalten.

Das Vorhaben zählt zu Maßnahmenplan des Landes Hessen.

Seit 2017 wird hier schon geplant und überprüft.

Aufgrund der Vorgaben der Fachbehörden, der Geländebeschaffenheit und eines notwendigen Grunderwerbs sind die **Kosten** von einst **125.000 Euro** auf über **235.000 Euro** gestiegen.

Dieser große Anstieg ist nun aber nicht so tragisch, da wir von **über 90 % Zuschuss** ausgehen können.

Gemeinsam **mit den Nachbarkommunen Schwalmstadt und Gilserberg** haben wir uns im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit mit dem „**Hardtwasser**“ beim Programm „**100 Wilde Bäche**“ des Umweltministeriums angemeldet.

Hier dürfte 2020 – eine erfolgreiche Bewerbung vorausgesetzt - zunächst einmal die Planung anstehen.

Auch hier gehen wir für die Maßnahme von **zumindest 90 % Zuschuss** des Landes aus.

Unser kommunales **Umweltprogramm „SILEK“** wird auch 2020 mit einem Ansatz von 15.000 Euro fortgeführt.

Hiervon konnten in der Vergangenheit schon zahlreiche kommunale und Vereinsprojekte unterstützt bzw. umgesetzt werden.

2020 soll unsere Aktion „Neustadt blüht auf“ auf kommunalen und privaten Flächen fortgeführt werden.

Der Wald hat bald keinen Baum mehr

Ganz so schlimm ist es nun noch nicht, aber die **Fichtenbestände** unseres Stadtwaldes **existieren fast nicht mehr**. Die **Borkenkäfer** haben, unterstützt von der extremen **Trockenheit**, in den Jahren 2018 und 2019 leider ganze Arbeit geleistet.

Die Holzpreise sind am Boden. Eine Vermarktung nur noch schwerlich möglich.

Dank der **guten Arbeit von Hessen-Forst** und insbesondere unseres Revierförsters Klaus Schild konnte das **Defizit 2019 auf knapp 100.000 Euro begrenzt** werden.

Andere Waldbesitzer sind da doch viel mehr gebeutelt als wir.

Wir rechnen noch in diesen Tagen des zu Ende gehenden Jahres mit **Zuschüssen** des Landes in Höhe von **bis zu 100.000 Euro** für die erhöhten Holzwerbungskosten und die beginnende Wiederaufforstung.

Im **Momberger Wald** sind wir von den mit dem Weiterbau der **A 49** einhergehenden **Rodungsmaßnahmenbetroffen** betroffen.

Hier rechnen wir für 2020 mit einer Entschädigungszahlung von insgesamt knapp 300.000 Euro.

Von diesen hohen Summen dürfen wir uns aber nicht blenden lassen.

Nur aufgrund dieser Zahlungen mit Einmaleffekt weist der Forsthaushalt einen Überschuss von rund knapp 100.000 Euro auf, ansonsten wäre ein dickes Minus von rund 200.000 Euro zu verzeichnen.

Wir dürfen zudem nicht verkennen, dass die Wiederaufforstung Jahre dauern wird und in Zukunft die Holzernte durch die massiven Einschläge der letzten beiden Jahre geringer ausfällt.

In den kommenden Jahren kann unser Ziel im Forst daher nur die Begrenzung des Defizits sein, von einer „schwarzen Null“ wage ich gegenwärtig noch nicht zu träumen.

Im Hinblick auf die **ab 2021** aufgrund kartellrechtlicher Vorgaben zu verändernde **Holzvermarktung** streben wir eine Zusammenarbeit mit Kirchhain, Stadtallendorf und Amöneburg sowie der Forstverwaltung der Schenken von Schweinsberg an.

Private Anbieter müssen nun die Aufgaben übernehmen, die „HessenForst“ nicht mehr leisten darf.

In meinen Augen Entscheidungen des Landes, die nicht hätten sein müssen. Ohne Not wird Bewährtes zerstört.

2020 soll auch das **Modellprojekt „Heckenmanagement“** mit dem Landkreis und den Nachbarkommunen Stadtallendorf und Kirchhain starten.

Wir sind hier über drei Jahre hinweg mit jeweils 3.000 Euro beteiligt.

Ziel muss es sein, den Heckenschnitt vernünftig zu verwerten und dieses Vorhaben kostenneutral für die Kommunen zu gestalten.

Gemeinsam mit der **Agentur für Naturentwicklung** wollen wir auch im kommenden Jahr die **Themen Ausgleichsflächen, Blühwiesen und Feldraine** behandeln und hier schrittweise vorankommen.

Stadtentwicklung ist ein vielfältiges Thema

Lassen Sie mich nochmals auf Fragen der **Stadtentwicklung** zu sprechen kommen.

Sie ist ein **wichtiges und vielfältiges Thema**, wobei sich nicht alle Projekte, die damit im Zusammenhang stehen, auch zugleich im städtischen Haushalt wiederfinden.

Nicht alles, was der Weiterentwicklung der Kommune dient, unterliegt auch deren Verantwortung. Wir haben folglich nicht immer das Heft des Handelns in den Händen.

Gleichwohl sind wir doch **mehr als nur bloße Zuschauer**. Es geht schließlich um unsere Kommune.

Wir müssen **Rahmenbedingungen schaffen, Kontakte herstellen und vermitteln oder moderieren** – alles was dazu beiträgt, positive Entwicklungen voranzubringen, ist **unsere Aufgabe**.

Die **Depant Bauträger GmbH & Co. KG** aus Gießen wird **das Seniorenwohnheim** in der Marburgerstraße mit zahlreichen begleitenden Angeboten in den nächsten Monaten **vorantreiben**.

Ein **erfahrener Betreiber** für die Einrichtung ist bereits **mit im Boot**.

HEPHATA hat nach wie vor, den „**Wiesenhof**“ um- und auszubauen.

Auch hier werden wir uns bei Bedarf unterstützend einbringen.

Leider hat **WBC** Abschied von seinem Projekt „**Wohnen am Park**“ genommen.

Mit Interesse verfolgen wir, ob, wann und wie eine **Weitervermarktung des Grundstücks** erfolgt.

Aufgrund der Nähe zum Kultur- und Bürgerzentrum und dem Bürgerpark handelt es sich um eine Fläche in exponierter Lage.

Daher suche auch ich in den letzten Wochen und Monaten immer wieder den **Kontakt zu den Eigentümern und möglichen Investoren**. Bisher noch ohne Erfolg. Aber auch Rom wurde bekanntlich nicht an einem Tag erbaut.

Vielleicht müssen wir **darüber nachdenken**, ob und ggf. wie sich die **Kommune aktiv** in den **Vermarktungsprozess einbringen** kann.

Mit dem „Deutschen Haus“ und dem „Bayerischen Hof“ – ebenfalls Liegenschaften an exponierten Stellen - gibt es durchaus vergleichbare Fälle.

Im **Gewerbegebiet „Am Gelicht“** konnten **2019 bereits zwei Verkäufe** beurkundet werden, ein weiterer steht an.

Zudem gibt es **immer wieder Gespräche mit möglichen Erwerbern**.

Dabei zeigt sich, dass es in den 1990er Jahren ein **Fehler** war, **keine Bodenordnung vorzunehmen** und damit die Flächenverfügbarkeit herzustellen.

Die HLG redet in unserem Auftrag derzeit mit den Eigentümern des II. Abschnittes, um deren Flächen anzukaufen und damit flexibler auf Kaufanfragen reagieren zu können.

Zudem müssen die **Bebauungspläne 13a und 13b überarbeitet** werden, da sich in den letzten zwei Jahrzehnten doch zahlreiche Änderungen ergeben haben.

Die Finanzierung wird hier ebenfalls die HLG im Rahmen der Bodenbevorratung- und vermarktung übernehmen.

Auch mit der **Erweiterung des Gewerbegebietes in der ehemaligen Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne** haben wir uns 2019 immer wieder befasst.

Mit den eingeworbenen **Fördermitteln des Landes** kann das **ISEK** für die Kernstadt erweitert werden. Dies ist Voraussetzung, um Mittel des Landes und der EU bei der später notwendigen Erschließung zu erhalten.

Parallel dazu finden **Gespräche zwischen HLG und BlmA** über die Voraussetzungen eines Ankaufes der Fläche statt.

Leider ein schwieriger und langwieriger Prozess. Ergebnis derzeit offen.

Das Thema **Wohnen** ist derzeit in aller Munde.

Die Frage nach der **Anzahl und Qualität von Wohnraum** nimmt **nicht nur** in den **Ballungszentren**, **sondern auch** im **ländlichen Raum** eine herausgehobene Rolle ein.

Dass Landrätin Kirsten Fründt vor diesem Hintergrund ein „**Bündnis für Wohnen**“ im Landkreis initiiert hat, ist zu begrüßen.

Die **Stadt Neustadt (Hessen)** wird sich hier wie bei zahlreichen anderen laufenden Prozessen auf Kreisebene **aktiv einbringen**.

Wohnen ist im ländlichen Raum ein vielschichtiges Thema.

Da gibt es die **leerstehenden Wohn- und Wirtschaftsgebäude** in den alten Ortskernen ebenso wie die Frage nach der **Ausweisung von neuen bebaubaren Flächen** und der Umgang mit den vorhandenen **Baulücken**.

Diesen drei Themenkomplexen stellen wir uns gegenwärtig in unserer Kommune.

Die **Revitalisierungsstudie für die Ortsmitte Speckswinkel** soll uns aufzeigen, wie man zukünftig mit Leerständen umgehen kann.

Für mich muss sich hier auch der **Denkmalschutz bewegen**. Keiner will unseren Dörfern ihren Charme nehmen, aber der **Abbruch** eines nicht sanierungswürdigen Gebäudes **muss möglich sein**.

In **Speckswinkel** haben wir das Baugebiet „**Im Weinberger Grund**“ abgerundet. Die meisten Bauplätze sind dort bereits bebaut.

Ausgehend vom Grundsatz „**Innenentwicklung vor Außenentwicklung**“ haben wir Anfang November im Rahmen des Dorfentwicklungsprozesses die Diskussion darüber eröffnet, welche Möglichkeiten es in **Mengsberg** und **Momberg** für eine **bedarfsgerechte Baulandneuausweisung** gibt.

Auch für die Kernstadt haben wir Bedarf.

Ich hatte darauf gesetzt, dass wir 2019 bereits den Aufstellungsbeschluss für die „**Stil-Flächen**“ angrenzend an die Fa. Will auf den Weg bringen können.

Leider gelang dies noch nicht. Seitens der Eigentümerin wäre etwas mehr Drive wünschenswert. Ich bin aber optimistisch, **dass es hier 2020 vorwärtsgeht**.

Diese Fläche hat aus vielerlei Gründen Priorität für den Magistrat.

In der Folge sollten wir zudem **prüfen**, ob und ggf. in welcher Form für den „**Kießling-Platz**“, der derzeit noch von unserem Bauhof genutzt wird, eine **Bebauung möglich** ist.

Die **Befragung der Eigentümer zum Umgang mit Baulücken** haben wir abgeschlossen. Von rund 130 in Frage kommenden Flächen könnten ggf. zwei Hände voll auf den Markt kommen. Wir bleiben dran.

Und schließlich kann uns nicht egal sein, was in **Leipziger und Königsberger Straße** passiert. Dort nahmen die Missstände in den letzten Monaten zu.

Jetzt gab es einen **Eigentümerwechsel**. Hoffentlich tut sich dort endlich etwas.

Es wäre gut, wenn man seitens der Eigentümer auch die **Chancen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“** für dieses Wohnquartier ergreifen würde.

Für die angedachte **Erweiterung bzw. Modernisierung des Kaufparks** wurden im Beisein der Kommune weitere Vorgespräche geführt. Die **Eigentümer sind am Zuge**.

In diesem Jahr sind wir in den **Dialog mit unseren Hausärzten** über deren Zukunftsperspektiven getreten, denn auch die wohnortnahe **medizinische Versorgung ist ein Standortfaktor**.

Hier wird es im Laufe der kommenden Jahre sicher Veränderungen geben. Es gilt auszuloten, ob es möglicherweise **Investoren** gibt, die in Neustadt ein **Ärztehaus mit passenden Begleitangeboten** realisieren wollen.

Die Aufgabe der Kommune sehe ich dabei darin, Interesse zu bekunden und Kontakte herzustellen.

Ein **kommunales medizinisches Versorgungszentrum** wie in Schwarzenborn kann ich mir **derzeit nicht vorstellen**.

Kultur gehört zur kommunalen Daseinsfürsorge dazu

Für mich gehören **kulturelle Angebote** zu einer **aktiven Kommune** zwingend dazu. Eine **Stadt** oder Gemeinde **muss bereit sein, sich hier zu engagieren**.

Der Literaturfrühling, das Straßenmalerfestival, das Neujahrskonzert, Lesungen, Kabarett, ein Liederabend, Ausstellungen, die zeitgeschichtliche Veranstaltungsreihe und das Artistenfestival um den „Goldenen Biber“ sind in Neustadt inzwischen fester Bestandteil des Jahresverlaufes.

Mit einem **eher geringen Etat** und **ganz viel Engagement** haben wir hier in den letzten Jahren etwas geschaffen, das Anklang findet – vor Ort und in der Region.

Diesen Weg wollen wir auch 2020 fortsetzen.

Das **Kultur- und Bürgerzentrum** wird uns ab Herbst 2020 auch hier **neue Möglichkeiten** eröffnen. Man wird sicher **einiges ausprobieren** müssen, um zu sehen, was letztendlich passt.

Kultur ist in Hessen seit 2018 **Staatsziel**. Es wäre daher wünschenswert, wenn das **Land das kulturelle Engagement im ländlichen Raum dauerhaft fördern** würde.

Zur Kultur gehört für mich auch die Geschichte unserer Heimat.

2019 haben wir das Dorfjubiläum in Mengersberg unterstützt, die folgenden Jubiläen in Speckswinkel und Momberg werden wir als Kommune ebenfalls fördern.

2022 soll ein besonderes Jahr werden, dann feiern wir **Neustadt750**, die erstmalige Erwähnung der Stadtrechte in einer Urkunde aus dem Jahre 1272.

Ein solches Jubiläum bietet Anlass, **dankbar rückwärts** und **mutig vorwärts** zu blicken.

Neben **fröhlichen Festen** gehört die **Rückbesinnung** auf den Weg, den die Kommune im Laufe der Jahrhunderte zurückgelegt hat, ebenso dazu, wie ein **Ausblick in die Zukunft**.

Wir werden in den kommenden Monaten die Planungen für das Stadtjubiläum vorantreiben und finalisieren. Ein solches Jubiläum kostet auch Geld.

Wenn ein **jedes Jubiläumsjahr uns 66 Euro wert** wäre, dann ist dies bei dem, was wir alles planen, in meinen Augen sicher nicht zu viel.

2019 wollen wir mit der **Erstellung einer Publikation zu Neustadts Geschichte und einem Büchlein über die Bedeutung des Bahnhofs** beginnen.

Hierbei setzen wir auf die **Unterstützung des Landes und von Sponsoren**.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch in diesem Jahr allen Fördervereinen und Sponsoren ein herzliches Dankeschön sagen. Sie leisten wichtige Arbeit.

Einen Blick in die Zukunft soll im Übrigen auch die mehrjährige „**Zukunftswerkstadt Neustadt**“ ermöglichen, die 2020 als gemeinsames Vorhaben mit dem Quartiersmanagement für die „Soziale Stadt“ und der Verfahrensbegleitung für die Dorfentwicklung starten soll.

Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren, aber auch Gewerbetreibende oder Vereine in der Kernstadt und den Stadtteilen sollen dabei eingeladen werden, sich mit der Entwicklung ihrer Kommune auseinanderzusetzen und Ideen für Morgen zu formulieren.

Die von mir im letzten Jahr ausgerufene „**Neustädter Rest-Cent-Aktion**“ ist angelaufen, die bisherigen Ergebnisse aber **sicherlich noch optimierbar**.

Haben Sie denn schon einige Cent oder Euro zur Förderung sportlicher, kultureller und sozialer Zwecke übriggehabt? Das Jahr ist noch nicht vorbei...

Mitarbeiter sind das größte Kapital einer Firma (und einer Verwaltung)

Lassen Sie mich abschließend zum **Stellenplan** kommen.

Auch als Kommune **erfahren** wir gegenwärtig, **wie schwer** es ist, **geeignetes Personal zu finden**.

Wir stehen dabei in **Konkurrenz** mit anderen Städten und Gemeinden, mit anderen Verwaltungen, aber auch mit der freien Wirtschaft.

Wer sich heute auf eine Stelle **bewirbt** und **über die entsprechende Eignung verfügt**, der weiß um seinen Wert.

Einen solchen Bewerber können sie nicht mit einer befristeten Stelle kommen, zudem wird er Besoldungsgruppe oder Entgeltstufe genau hinterfragen.

Wir dürfen aber nicht nur notwendige Stellenneubesetzungen im Blick haben, sondern müssen auch auf das vorhandene Personal schauen.

Leistungsträger und Mitarbeitende, die nicht nur zu den üblichen Zeiten tätig sind, **wissen** ebenfalls **um ihren Wert**.

Hier sind wir als Arbeitgeber aufgefordert, diese Damen und Herren im Rahmen des Möglichen an uns zu binden.

Der Industrielle **Robert Bosch** (1861 – 1942) hat einmal etwas Zutreffendes zu dieser Thematik gesagt:

„Ich zahle nicht gute Löhne, weil ich zu viel Geld habe, sondern ich habe so viel Geld, weil ich gute Löhne zahle.“

Bedenkenswerte Worte.

Die **Kommune** ist **kein Unternehmen**. Sie hat als **Arbeitgeber** eine **besondere soziale Verantwortung**, wird sich aber **wesentlichen Gesetzes des Marktes nicht verschließen** können.

Vor diesem Hintergrund spricht sich der Magistrat für **drei Veränderungen im Stellenplan** aus.

Eine Stelle E9c soll auf E 10 angehoben werden, eine Stelle E6 auf E 7 und eine Stelle A7 auf A8.

Damit wollen für Mitarbeitenden Wertschätzung für ihre Arbeit zeigen und Perspektiven im eigenen Haus geben.

In den kommenden Jahren dürfte es aufgrund obiger Ausführungen durchaus noch zu weiteren Veränderungen des Stellenplanes kommen.

Wer von Ihnen selbst im öffentlichen Dienst tätig ist und dort Führungsverantwortung hat, weiß um die Herausforderungen im Personalbereich.

Darüber hinaus bitten wir um Zustimmung, **eine befristete Stelle E6** – die Ende 2020 ausläuft – **in eine unbefristete umwandeln** zu können.

Arbeit im Fachbereich II Bauen, Planen, Umwelt ist aufgrund der zu bewirtschaftenden Förderprogramme und der laufenden und anstehenden investiven Baumaßnahmen **auch zukünftig mehr als genug vorhanden**.

Wir brauchen **Planungssicherheit** für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, daher diese Änderung.

Die mittelfristige Finanzplanung zeigt auf, dass wir uns die dargestellten Veränderungen finanziell erlauben können.

Bedingt durch die Veränderungen im **städtischen Bauhof** – Vorarbeiter und Hausmeister verlassen uns – und den erlebten **Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu finden**, werden wir uns auch hier über kurz oder lang **Gedanken über die Eingruppierungen machen müssen**.

Wer gute Facharbeiter möchte, muss sie marktgerecht entlohnen.

Veränderungen beim Bereitschaftsdienst führen insgesamt zu **Mehrausgaben** von 24.500 Euro.

Nahm bisher grundsätzlich nur der Vorarbeiter Bereitschaftsdienst wahr, teilen wir nun zwischen **„Bereitschaft allgemein“** und **„Bereitschaft Wasser“** auf.

Eine Praxis, die in vielen anderen Kommunen seit langem üblich ist. Das bisherige Handeln ist nicht mehr zeitgemäß.

Jürgen Gies gilt auch an dieser Stelle nochmals ein herzlicher Dank für sein großes Engagement.

Da wir **bis auf weiteres keinen Vorarbeiter haben**, werden **alle** unsere **Facharbeiter im wöchentlichen Wechsel Bereitschaftsdienst** leisten.

Die Leitung des Bauhofes und die Überwachung der Arbeiten wird der stellv. Fachbereichsleiter Peter Lippert übernehmen.

Dies wird in gewissen Bereichen eine Umorganisation nach sich ziehen.

2020 – Packen wir es an!

Schließen möchte ich meine Betrachtungen zum Haushalt 2020 mit einem Wort des griechischen Schriftstellers und Philosophen Plutarch (um 45 – um 125), der einstmals schrieb:

„Der Haushalt ist der beste, worin man nichts Überflüssiges will, nichts Notwendiges entbehrt.“

Nach Auffassung des Magistrates trifft diese Aussage auf den Ihnen vorliegenden Entwurf voll und ganz zu.

Es liegt nun an Ihnen, sich in den kommenden Wochen eine eigene Meinung dazu zu bilden.

Der Haushaltsplan 2020 steht in der Kontinuität seiner Vorgänger.

Es gibt einen erkennbaren **roten Faden** unserer Finanz- und Projektplanung.

Für uns Amts- und Mandatsträger ist das Zahlenwerk unspektakulär.

Haben wir uns doch immer wieder mit den Projekten beschäftigt, die darin enthalten sind.

Ist es aber wirklich unspektakulär, was gerade in Neustadt passiert? Mitnichten.

Dass, davon wir seit 2017 zunächst nur geredet haben, wird nun sichtbar umgesetzt.

Wir haben keine Luftschlösser in die Welt gesetzt, sondern wir schaffen Realitäten.

Zweifler können Tag für Tag sehen, wie die Baufirmen die von uns beschlossenen Projekte in die Tat umsetzen.

Projekte werden Wirklichkeit, die vor einigen Jahren völlig undenkbar waren.

Das dürfen wir nicht vergessen und einfach als Normalität hinnehmen.

Dass, was in unserer Kommune geschieht ist also durchaus spektakulär.

Packen wir es gemeinsam an, gestalten wir zielbewusst Neustadts Zukunft, halten wir den kleinen Segler „Neustadt“ auf Kurs!